

*Die deutsche  
Gasversorgung  
von den Anfängen  
bis 1998*

Als PDF-Datei bietet dieser Text zusätzliche Navigationsmöglichkeiten:

- Direktzugriff auf einzelne Kapitel durch Anklicken der Überschriften im Inhaltsverzeichnis
- Rückkehr zum Inhaltsverzeichnis durch Anklicken einer beliebigen Seite
- Vergrößerung von Karten und Grafiken zur besseren Lesbarkeit

---

© Udo Leuschner

HTML-Fassung fürs Internet: September 2008

PDF-Fassung: März 2009

# *Inhalt*

## **Gaslicht erhellt das 19. Jahrhundert (5-8)**

Die ersten deutschen Städte mit Gasbeleuchtung sind Hannover und Berlin  
Gasometer dienen als Speicher- und Druckbehälter

## **Vom Leuchtgas zum Stadtgas (9-12)**

Elektrische Beleuchtung bleibt vorerst die Ausnahme  
Statt Licht liefert Gas zunehmend Wärme und Kraft  
Kommunen übernehmen das lukrative Geschäft in eigene Regie

## **Kokereien liefern Ferngas (13-15)**

Thyssen und Stinnes errichten die ersten Ferngas-Leitungen

## **Kohle-Syndikat gründet Ruhrgas AG (16-17)**

Das bisherige RWE-Gasnetz wird zur Ausgangsbasis des neuen Unternehmens  
Lieferverträge mit Westfälische Ferngas AG und Vereinigte Gaswerke AG  
Verbindung der Ruhr-Kokereien mit dem Aachener Revier

## **Die Wurzeln von Saar Ferngas und VNG (18-21)**

Im Osten fehlen die Kohle- und Stahlreviere  
Sachsen gründet Landesgasversorger  
Contigas und Thüga  
DDR setzt auch beim Gas auf Braunkohle

## **Erdgas ersetzt Stadtgas (22-24)**

Niederlande werden zum größten Erdgas-Exporteur Europas  
Oldenburg stellt schon 1959 komplett auf Erdgas um  
West-Berlin bleibt aus politischen Gründen beim Stadtgas

## **Die Entstehung des Erdgas-Verbundnetzes (25-28)**

Neue Ferngasgesellschaften zur Abdeckung des gesamten Bundesgebiets  
Rund 500 örtliche Verteilunternehmen  
Länge des Gas-Rohrnetzes in zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt  
Erdgas gilt als Übergangslösung zwischen Kohle und Kernenergie

## **Ölkonzerne beteiligen sich an Erdgas-Verteilern (29-32)**

Abhängigkeit vom Koksbedarf behindert inzwischen den Ausbau der Gasversorgung  
Ölkonzerne hätten am liebsten ihre eigenen Erdgas-Leitungen gebaut  
Separates Abkommen mit Thyssen setzt Ruhrgas unter Druck  
An die Stelle der Konfrontation tritt eine neue Koalition aus Montan- und Ölindustrie  
Gaspreise werden mit Ölpreisen gekoppelt

## **Der "Gaskrieg" zwischen Ruhrgas und BASF (33-37)**

Verschwinden der DDR-Regierung setzt acht Milliarden Kubikmeter Erdgas frei  
BASF/Wintershall verbündet sich mit Gazprom  
Deutsch-russisches Gemeinschaftsunternehmen WIEH übernimmt Gaslieferungen an VNG  
BASF und Ruhrgas kämpfen mit harten Bandagen um den ostdeutschen Gasmarkt  
Zweite Runde der Kraftprobe  
Langjähriger Liefervertrag beendet dreijährige Auseinandersetzung

## **Gebietsschutz durch Demarkationsverträge (38-41)**

Bundeskartellamt untersagt Gebietsabgrenzung zwischen Ruhrgas und BASF  
Historisch gewordener Rechtsstreit geht bis zum Bundesgerichtshof  
Erfolgloser Kampf um "Durchleitung" zur Papierfabrik Weißenborn

## **Grafiken und Tabellen (42)**

# *Gaslicht erhellt das 19. Jahrhundert*



*New Yorker Broadway mit Gaslampen 1881*

Die Geschichte der Gasversorgung beginnt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie ist somit einige Jahrzehnte älter als die der Stromversorgung, die erst Ende des 19. Jahrhunderts einsetzt. Treibende Kraft war aber bei beiden dasselbe Bedürfnis: Man wollte nicht mehr im Dunkeln sitzen und gezwungenermaßen schlafen gehen, wenn die Sonne untergegangen war.

Natürlich ließ sich schon seit langem die Dunkelheit etwas vertreiben, indem man Kienspäne oder Kerzen anzündete. Neuerdings gab es auch Lampen, die mit Rüböl oder Spiritus betrieben wurden. Diese Lichtquellen waren aber ziemlich unergiebig. Sie lieferten nur wenig Helligkeit. Sie mußten nachgefüllt und beaufsichtigt werden. Außerdem waren sie so teuer, daß der Großteil der Bevölkerung äußerst sparsam mit ihnen umgehen mußte.

## **Die ersten deutschen Städte mit Gasbeleuchtung sind Hannover und Berlin**

Das Licht von Gasflammen war nicht nur heller, sondern auch einfacher zu handhaben. Zudem eignete es sich gut für die Beleuchtung von Straßen und öffentlichen Gebäuden. Im Jahre 1807 wurde als erste Straße versuchsweise die „Pall Mall“ in London auf einer Seite mit Gaslampen beleuchtet. 1819 gab es in London bereits 486 Kilometer Gasleitungen, die über 50.000 Brennstellen versorgten. 1822 erhielt die Pariser Oper als erstes Theater auf dem Kontinent eine Gasbeleuchtung.

In Deutschland war 1825 Hannover die erste Stadt, die eine Gasanstalt mit Straßenbeleuchtung vorweisen konnte. Ein Jahr später wurde auch Berlins Prachtstraße „Unter den Linden“ von Gaslaternen erhellt. 1828 folgten Dresden und Frankfurt, 1838 Aachen und Leipzig. 1850 verfügten bereits 26 deutsche Städte über

Gasanstalten, darunter Stuttgart, Hamburg, Breslau, Düsseldorf, München und Mannheim.

Diese Gasanstalten erzeugten ein mit leuchtender Flamme brennendes Gasgemisch, das gemäß seinem Verwendungszweck als „Leuchtgas“ bezeichnet wurde. Im Normalfall wurde dieses Leuchtgas, das vor allem aus Wasserstoff, Methan und Kohlenoxyd bestand, durch Erhitzen von Steinkohle unter Luftabschluß gewonnen. Durch die Entgasung verwandelte sich die Steinkohle in Koks, der für Heizzwecke weiter verwendet wurde. Mitunter dienten auch Braunkohle, Holz, Torf und andere organische Verbindungen als Rohmaterial für die Vergasung.



*Aufstellung einer Gaslaterne in Berlin 1890*

### **Gasometer dienen als Speicher- und Druckbehälter**

Das so erzeugte Gasgemisch wurde dann - nachdem es von Teer, Ammoniak, Schwefelwasserstoff und anderen unerwünschten Beimengungen gereinigt worden war - in einen großen Behälter geleitet. Im unteren Teil bestanden diese Behälter aus einer Art Tasse, die mit Wasser gefüllt war, im oberen Teil aus einer blechernen Glocke, die das erzeugte Gas aufnahm und je nach Füllstand mehr oder weniger tief in das Wasser eintauchte. Wenn mehr Gas verbraucht als erzeugt wurde, senkte sich der obere Teil des Behälters tiefer in das Wasser. Wenn die Erzeugung größer war als der Verbrauch, hob er sich und nahm das überschüssige Gas auf. Die stählerne Glocke, die auf Rollen an einem Gerüst entlanglief, lastete so immer auf dem Gas und drückte es mit ihrem Gewicht in die Verbrauchsleitungen.



*Ummauerter Gasometer in Zwickau*

Das Prinzip der Tauchglocke war schon seit Jahrzehnten aus den Laboratorien bekannt, wo es zur Speicherung und Messung kleiner Gasmengen verwendet wurde. Der französische Chemiker Lavoisier, der es 1789 als erster beschrieb, prägte dafür den Ausdruck „gazomètre“. Wahrscheinlich war das der Grund, weshalb nun die Gasbehälter als „Gasometer“ bezeichnet wurden, obwohl sie eigentlich nur der Speicherung dienten. Allerdings hatten sie an ihrer Stirnseite oft einen großen Zeiger, der auf einem Ziffernblatt den Füllstand anzeigte. Insofern war diese volkstümliche Bezeichnung doch ganz anschaulich.



*Gasometer in Schlieren (Schweiz)*

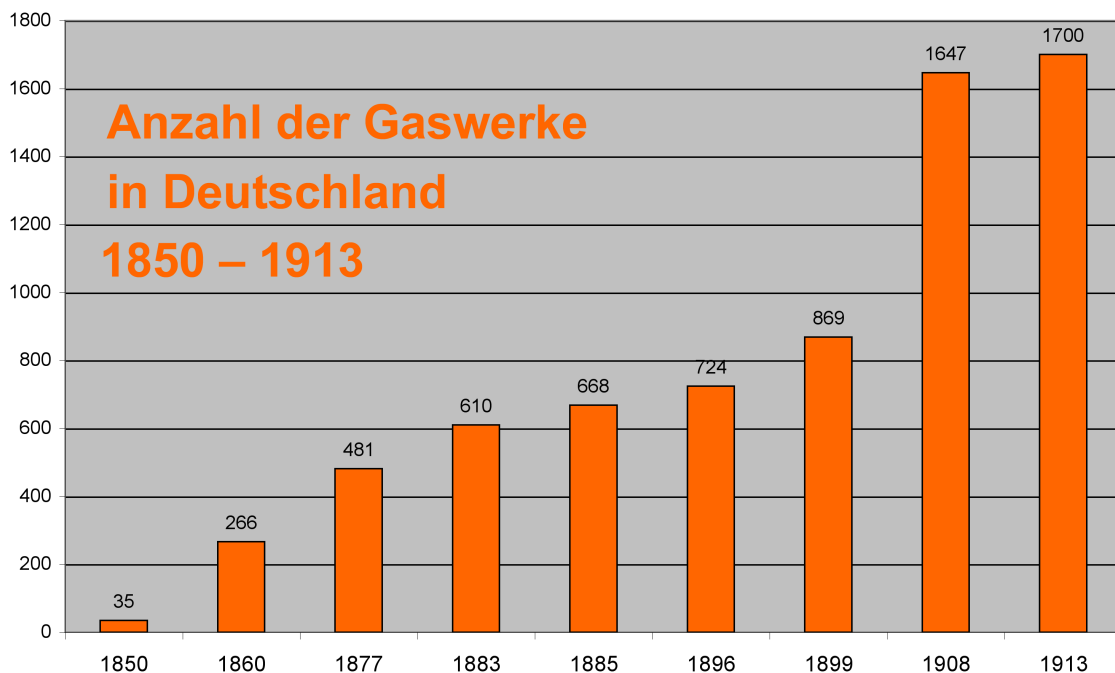
Bei größeren Gasbehältern bestand die Tauchglocke oft aus mehreren Wandungen, die sich teleskopartig in- und auseinanderschoben. Mitunter ummauerte man die stählerne Konstruktionen, um ihnen ein gefälligeres Aussehen zu geben oder sie besser vor dem Wind zu schützen. Später gab es neben den „nassen“ auch „trockene“ Behälter, in



*Luftaufnahme der städtischen Gaswerke Augsburg 1932. Rechts zwei Gasometer.*

deren Innern eine mit Teer abgedichtete Scheibe sich je nach Gasstand hob und senkte. Wie bei den ummauerten Behältern konnte man hier von außen den Füllstand nicht an der Höhe des „Deckels“ erkennen. Während die Tauchglocken einen wechselnden Druck erzeugten, blieb er bei den Scheiben-Behältern immer gleich.

Solche Gasometer, die gleichzeitig der Speicherung wie der Druckerzeugung dienten, gehörten mehr als hundert Jahre lang zum Ortsbild von Städten mit eigener Gasversorgung. Es gab sie naturgemäß nur dort, wo ein hinreichender Bedarf durch Haushalte, Gewerbe und Industrie bestand. Man fand sie deshalb kaum in Kleinstädten und schon gar nicht auf dem flachen Land. Sie signalisierten Größe, Bedeutung und industriellen Fortschritt. Die imposantesten standen in Hauptstädten wie Berlin und Wien, wo man sich teilweise viel Mühe gab, ihnen ein architektonisch ansprechendes Äußeres zu geben. Diese Gasometer glichen dann eher einem antiken Rundbau als einer technischen Einrichtung.





# Vom Leuchtgas zum Stadtgas



*Der Gas-Glühstrumpf übertrifft auf diesem Plakat zu Anfang des 20. Jahrhunderts nicht nur Kerzenleuchter und Petroleumlampe an Helligkeit und Preiswürdigkeit. Er stellt sogar das elektrische Licht in den Schatten...*

Einen neuen Schub erhielt die Gaserzeugung durch den „Gasglühstrumpf“, den 1885 der Chemiker Carl Auer von Welsbach erfand und der in den neunziger Jahren in verbesserter Form den Markt eroberte. Der Glühstrumpf hieß so, weil man ihn aus einem textilen Gewebe erzeugte, das mit Thoriumnitrat und einer Prise Ceriumnitrat getränkt worden war. Wenn man dieses Gewebe veraschte, lieferte das verbleibende mineralische Gerüst unter Hitzeeinwirkung ein gleißendes Licht. Damit vervielfachte sich die Lichtausbeute.

Bis dahin hatte man viel Mühe darauf verwendet, ein Gasmisch zu erzeugen, das mit möglichst heller Flamme verbrannte. Das war nun nicht mehr nötig. Es kam nur noch auf die Hitze an. Der Glühstrumpf revolutionierte die Gasbeleuchtung. Eine Zeitlang sah es sogar so aus, als könne er sich gegenüber der neu aufkommenden elektrischen Beleuchtung behaupten.

## **Elektrische Beleuchtung bleibt vorerst die Ausnahme**

In der Küche störte die helle Flamme ohnehin, weil sie relativ wenig Hitze erzeugte und zum Rußen neigte. Man begann deshalb nun sogar, das Gas zu „entleuchten“, indem man ihm vor der Verbrennung Luft beimischte. Das Prinzip war seit 1855 bekannt, als der Chemiker Wilhelm Bunsen den nach ihm benannten Laboratorium-Brenner erfand.



Plakat der Zentrale für Gasverwertung aus dem Jahr 1911: Durch vermehrten Einsatz von Leuchtgas zur Wärmeerzeugung und für motorische Anwendungen konnten die Absatzeinbußen infolge Vordringens der elektrischen Beleuchtung mehr als ausgeglichen werden.

Von 1859 bis 1885 wuchs die Leuchtgas-Erzeugung in Deutschland von rund 44 auf 479 Millionen Kubikmeter. Im Jahr 1900 erreichte sie rund 1200 Millionen Kubikmeter. Davon dienten etwa 56 Prozent zur Beleuchtung in Gebäuden, 15 Prozent zur Straßenbeleuchtung, 18 Prozent als Koch- und Heizgas und 10 Prozent zum Betrieb von Gasmotoren. Das restliche eine Prozent entfiel auf den Eigenverbrauch der Gasanstalten.

Das Leuchtgas diente also auch an der Wende zum 20. Jahrhundert noch immer zu gut siebzig Prozent der Beleuchtung. Insofern trug es seinen Namen weiterhin zu Recht. Elektrisches Licht blieb vorerst die Ausnahme, zumal es teurer als Gaslicht war und nur in wenigen Gebieten zur Verfügung stand. Sogar in Berlin waren 1914 erst 5,5 Prozent der Haushalte an das Stromnetz angeschlossen.

Mit der Ausbreitung der Stromversorgung setzte sich dann aber immer mehr die elektrische Beleuchtung durch. Die Glühlampe belastete die Luft nicht mit Verbrennungsgasen und Sauerstoffentzug. Sie konnte durch Drehen eines Schalters ein- und ausgeschaltet werden. Es waren weder Explosionen noch Vergiftungen zu befürchten. Das elektrische Licht war in jeder Hinsicht sauberer, bequemer und sicherer.



Glühstrumpf-Reklame

### Statt Licht liefert Gas zunehmend Wärme und Kraft

Die schwindende Anzahl an Licht-Kunden wurde indes durch den vermehrten Einsatz von Gas für Kochen, Heizen und motorische Anwendungen mehr als ausgeglichen. Die Gaswerke mußten deshalb ihre Erzeugung weiter erhöhen. 1925 stellten sie rund 3,2 Milliarden Kubikmeter her. Sie hatten also ihre Produktion gegenüber dem Anfang des Jahrhunderts mehr als verdoppelt.

Die Bezeichnung Leuchtgas war inzwischen nicht mehr zeitgemäß. Sie war sogar ein Hindernis bei der Gewinnung neuer Koch-, Heiz- und Kraftkunden. Ab den zwanziger Jahren sprach man deshalb von „Stadtgas“. Die neue Bezeichnung unterstrich zugleich, daß die Gaswerke der öffentlichen Versorgung dienten und überwiegend von den Städten betrieben wurden.



### Kommunen übernehmen das lukrative Geschäft in eigene Regie

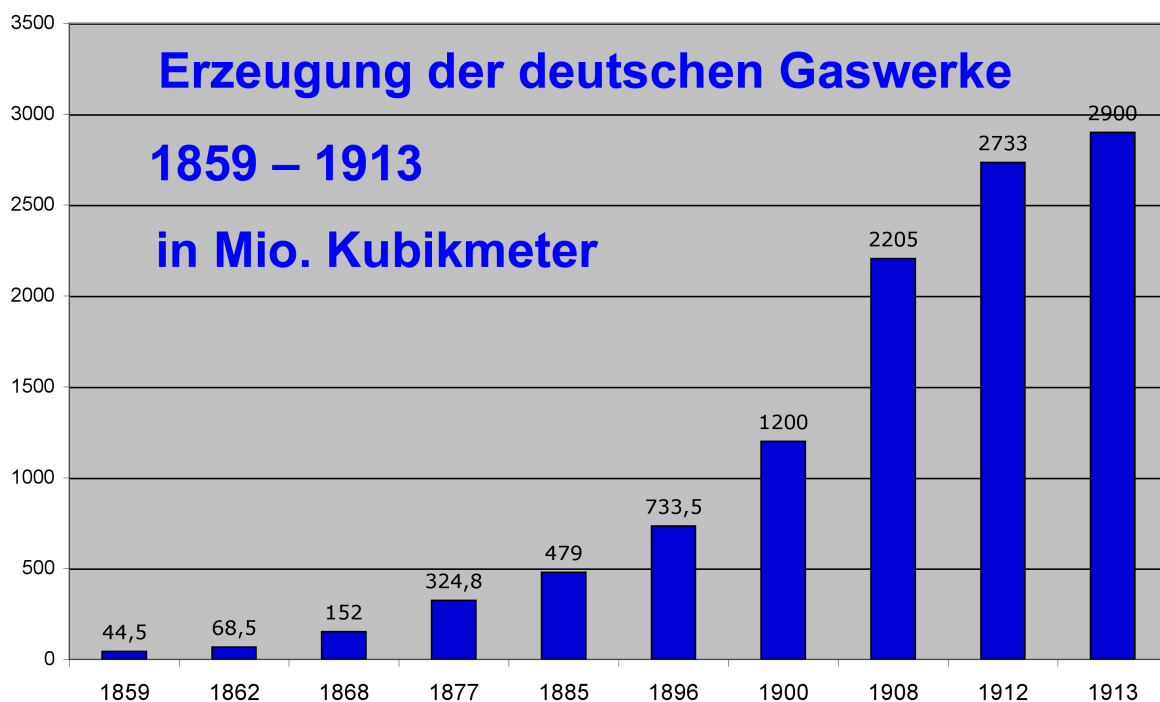
Die ersten Gasanstalten waren fast durchweg private Gründungen. Die Kommunen beschränkten sich in der Regel darauf, kapitalkräftigen Einzelpersonen oder Gesellschaften die „Konzession“ für die Verlegung von Leitungen zu erteilen. Als Gegenleistung sorgten die Unternehmen für die Straßenbeleuchtung, zahlten eine Abgabe an die Stadt oder hatten andere Vertragsbedingungen zu erfüllen. Außerdem sicherten sich die Kommunen meistens das Recht, nach Ablauf des Konzessionsvertrags die Gasversorgung selber übernehmen zu können.

Die Gasversorgung erwies sich als ein recht lukratives Geschäft. Allerdings waren die privaten Unternehmen kaum bereit, dort zu investieren, wo weniger zu verdienen war. Dazu gehörten etwa Außenbezirke, an deren Entwicklung wiederum den Stadtverwaltungen gelegen war. So gab es einen Konflikt zwischen Allgemeininteresse und privatem Gewinnstreben, der gegen Ende des 19. Jahrhunderts die

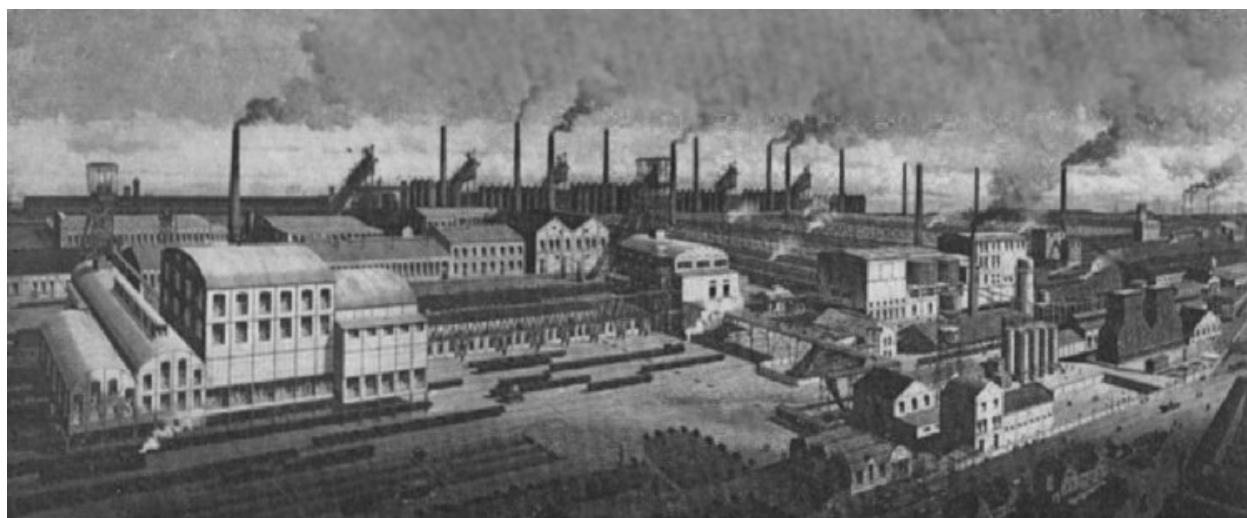
meisten Städte veranlaßte, auslaufende Konzessionsverträge nicht mehr zu erneuern oder die Gasversorgung von vornherein in eigener Regie zu betreiben.

Anfang der sechziger Jahre gab es im Deutschen Reich insgesamt 266 Gasanstalten, von denen vier Fünftel private Eigentümer hatten. An der Schwelle zum 20. Jahrhundert gehörten den Städten schon 56 Prozent von insgesamt 869 Gasanstalten. Bis 1912 besaßen die Kommunen 67 Prozent der nunmehr 1139 Gasanstalten und bestritten rund 82 Prozent der deutschen Gaserzeugung.

Die Gasversorgung blieb auch in kommunaler Regie ein einträgliches Geschäft. Anfang des 20. Jahrhunderts waren ihre Renditen doppelt so hoch wie bei der kommunalen Elektrizitätsversorgung. Kein Wunder, daß die Städte dieses Geschäft nicht länger privaten Eigentümern überlassen wollten.



# *Kokereien liefern Ferngas*



*Die August-Thyssen-Werke bei Duisburg verfügten auch über eine der größten Kokereien Deutschlands (im Vordergrund rechts). Die Kokerei wurde 1897 in unmittelbarer Nähe einer Schachtanlage und einer Stahlhütte gebaut. Sie entgaste die Steinkohle, damit diese als Brennstoff für die Hochöfen (im Hintergrund) verwendet werden konnte. Mit dem dabei anfallenden Gas belieferte Thyssen ab 1905 umliegende Gemeinden.*

Wie die städtischen Gaswerke lieferten auch die Kokereien ein brennbares Gasgemisch, indem sie Steinkohle in Koks umwandelten. Die Teilverbrennung diente hier allerdings nicht der Gewinnung von Leuchtgas, sondern der Herstellung von Koks für die Hüttenwerke oder zur Befuerung von Dampfkesseln.

Koks hat naturgemäß einen geringeren Energiegehalt als die Steinkohle, aus der er erzeugt wird. Aber er ist insofern ein höherwertiger Brennstoff, als er ohne Flamme gleichmäßig verbrennt und höhere Temperaturen ermöglicht. Und genau diese Art Brennstoff benötigte man im 19. Jahrhundert zunehmend für die Gewinnung von Eisen und Stahl. Man hätte theoretisch auch Holzkohle verwenden können, wie das bisher der Fall war. Aber schon im vorindustriellen Zeitalter war Holz als Brennstoff sehr knapp geworden. In der Praxis ließ sich der stark steigende Bedarf der Hütten nur mit Koks aus Steinkohle decken, zumal dieser wesentlich billiger war. Die Kokereien waren deshalb so angelegt, daß sie möglichst viel Koks der gewünschten Beschaffenheit erzeugten. Gas war dabei nur ein Nebenprodukt.

Zunächst war Gas sogar ein Abfallprodukt. Es entwich ungenutzt in die Umgebung oder wurde abgefackelt. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts belasteten die Meiler, die Holz oder Steinkohle in Koks umwandelten, mit ihren Abgasen die Umwelt. Auch mit Teer und anderen Nebenprodukten wußte man noch nicht viel anzufangen. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts, als die aus den Meilern entwickelten „Bienenkorböfen“ von „Kammeröfen“ abgelöst wurden, konnte man die brennbaren Abgase auffangen und für den Betrieb des Ofens nutzen. Zunächst verwendete man das Gas restlos für diesen Zweck. Ein Überschuß ergab sich erst nach Einführung der „Regenerativöfen“ und weiteren Fortschritten bei der Feuerungstechnik.

## Thyssen und Stinnes errichten die ersten Ferngas-Leitungen

RWE übernahm 1911 die Leitungen der Stinnes-Kokereien und erweiterte sie zu einem Ferngas-Netz, das von der Lippe bis zur Wupper reichte. 1927 verkaufte RWE dieses Netz an die neu gegründete Ruhrgas AG.

Der Gas-Überschuß der Kokereien war zunächst bescheiden. Er konnte deshalb, soweit man ihn nicht abfackelte oder im eigenen Betrieb verwendete, in der Nachbarschaft abgesetzt werden. Den Anfang machte 1897 die Kokerei der Zeche Erin, indem sie Gas nach Castrop-Rauxel abgab. 1903 begann die Zeche Prosper mit der Belieferung von Bottrop. Ab 1905 belieferten die Stinnes-Zechen die Stadt Essen.



Der Koks-Bedarf der Hüttenwerke nahm inzwischen stark zu. Neue Verfahren wie den Siemens-Martin-Ofen gaben der Eisen- und Stahlerzeugung starken Auftrieb. So stieg die Kokserzeugung zwischen 1900 und 1913 fast um das Dreifache von 11,90 auf 34,63 Millionen Tonnen. Um die Nachfrage abdecken zu können, führten die Kokereien sogenannte Verbundöfen ein, die auch mit Gichtgas aus Hochöfen und anderem „Schwachgas“ beheizt werden konnten. Bald stand ein noch größerer Teil des bei der Verkokung entstehenden „Starkgases“ für andere Zwecke zur Verfügung.

Die beiden führenden Ruhr-Industriellen August Thyssen und Hugo Stinnes nutzten nun die Chance, das Kokereigas, das in ihren Firmenimperien reichlich anfiel, in einem größeren Umkreis zu vermarkten. Thyssen regierte den größten deutschen Eisen- und Stahlkonzern, während Stinnes hauptsächlich Unternehmen des Bergbaues sowie Kohlehandel und -transport beherrschte. Beide waren die einflußreichsten Mitglieder des „Rheinisch-Westfälischen Kohle-Syndikats“, das 1893 von insgesamt 98 Unternehmen gegründet worden war, um die Interessen des Ruhr-Bergbaues zu bündeln und Konkurrenz zu vermeiden.

RWE übernahm 1911 die Leitungen der Stinnes-Kokereien und erweiterte sie zu einem Ferngas-Netz, das von der Lippe bis zur Wupper reichte. 1927 verkaufte RWE dieses Netz an die neu gegründete Ruhrgas AG.

1905 nahmen Thyssen-Zechen die Belieferung von Gemeinden auf. Zuerst wurden Walsum, Hamborn und Duisburg mit Kokereigas versorgt. Zwei Jahre später folgten Mülheim und Oberhausen. 1910 errichtete Thyssen die bis dahin in Deutschland größte Ferngasleitung über 52 Kilometer von Duisburg-Hamborn nach Wuppertal.

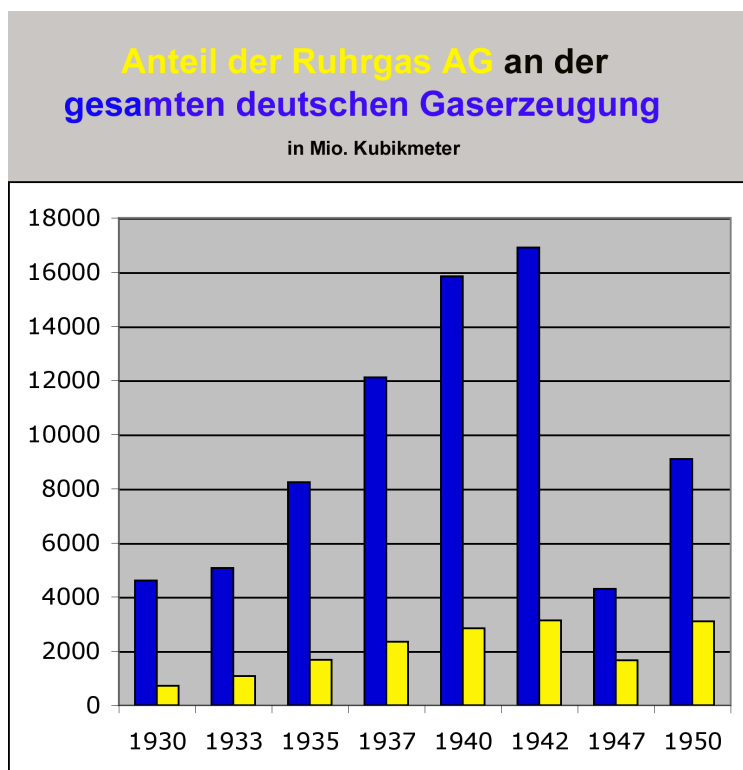
pertal-Barmen. Bis zum ersten Weltkrieg dehnte sich das Versorgungsgebiet am Niederrhein bis nach Bocholt und südlich bis zum Bergischen Land aus.

Im selben Jahr 1905 begannen die Stinnes-Zechen, die Stadt Essen und einige weitere Gemeinden mit Kokereigas zu versorgen. Sechs Jahre später wurden diese Anlagen vom „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk“ (RWE) übernommen, das ebenfalls zum Stinnes-Imperium gehörte. Zunächst strebte Stinnes die Zusammenfassung aller Ruhr-Kokereien zu einer Ferngasversorgung unter Führung von RWE an. Damit wäre neben dem Kohle-Syndikat oder unter dessen Dach eine Art Kokereigas-Syndikat entstanden. Thyssen verfolgte aber weiterhin seine eigenen Pläne. Beide Seiten einigten sich deshalb 1912 auf eine Gebietsaufteilung, die auf rechtsrheinischer Seite das Gebiet zwischen Mülheim und Barmen für Thyssen reservierte und im übrigen RWE freie Bahn ließ. Am Ende des ersten Weltkriegs reichten die RWE-Leitungen im Norden bis zur Lippe und im Süden bis zur Wupper. Bis 1926 hatten die Leitungen von Thyssen und RWE zusammen eine Länge von 460 Kilometern erreicht, wovon zwei Drittel auf RWE entfielen. Das damit transportierte Kokereigas versorgte 69 Gemeinden.

# *Kohle-Syndikat gründet Ruhrgas AG*

Nach dem ersten Weltkrieg behinderten die Wirtschaftskrise und die französische Besetzung des Ruhrgebiets zunächst den Absatz von Steinkohle und Koks. Manche Beobachter glaubten schon eine allgemeine Krise der Kohle feststellen zu können, da Erdöl und Elektrizität die kohlebefeuernden Dampfessel abzulösen begannen. Ab 1926 ging es dann aber auch für Bergbau und Hütten wieder aufwärts. Entsprechend wuchs der Bedarf an Koks. Die Kokereien konnten inzwischen noch mehr „Starkgas“ für die Verwendung als Stadtgas erübrigen. Was aber nicht mitwuchs, waren die Absatzmöglichkeiten.

Das „Rheinisch-Westfälische Kohle-Syndikat“ beschloß deshalb am 29. Juli 1926 die Gründung einer eigenen Ferngasgesellschaft des Ruhrbergbaues. Am 11. Oktober 1926 entstand so die „Aktiengesellschaft für Kohleverwertung“. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG. Den Vorstandsvorsitz übernahm Alfred Pott, Generaldirektor des Bergbaubereichs im Stinnes Konzern. Beide repräsentierten persönlich wie branchenmäßig die treibenden Kräfte des Projekts.



## **Das bisherige RWE-Gasnetz wird zur Ausgangsbasis des neuen Unternehmens**

Das Gründungskapital der „Aktiengesellschaft für Kohleverwertung“ betrug nur 162.900 Reichsmark. Das war ein Tausendstel der Summe, über die das Kohlen-syndikat verfügte, das ebenfalls als Aktiengesellschaft organisiert war. Die Neugründung war deshalb zunächst nicht mehr als eine Studiengesellschaft. Am 2. März 1927 erhöhte eine Aktionärsversammlung das Grundkapital auf 25 Millionen Reichsmark. Damit war aus der Studien- eine Betriebsgesellschaft geworden. Als erstes übernahm sie zum 1. April das Gas-Leitungsnetz des RWE, das im Norden bis zur Lippe und im Süden bis zur Wupper reichte. Am 31. Mai 1928 beschloß eine weitere Aktionärsversammlung die Umbenennung des Unternehmens in „Ruhrgas Aktiengesellschaft“. Außerdem wurde eine Auslandsanleihe von zwölf Millionen Dollar aufgenommen, um die bevorstehenden Ausgaben finanzieren zu können.



### **Lieferverträge mit Westfälische Ferngas AG und Vereinigte Gaswerke AG**

Noch im selben Jahr, in dem die neue Ruhrgas AG die Gasleitungen des RWE übernahm, schloß sie Lieferverträge mit den im Norden und Osten angrenzenden Gebietsversorgern. Das war zum einen die Westfälische Ferngas AG, die am 24. Juli 1928 von Kommunen zur Versorgung Süd- und Ostwestfalens mit Ferngas gegründet wurde. Zum anderen handelte es sich um die Vereinigte Gaswerke AG (VGW), die 1927 als Tochter der „Elektrizitätswerke Westfalen (VEW) entstand, um in deren Gebiet den Ausbau der Ferngasversorgung zu forcieren. Die VGW verband ihre lokalen Verteilernetze durch Fernleitungen, legte zahlreiche örtliche Gaswerke still und belieferte ihre Abnehmer fortan mit Kokereigas von der Ruhr.



*Bau einer Gasleitung 1930*

### **Verbindung der Ruhr-Kokereien mit dem Aachener Revier**

Weitere Verträge schloß die Ruhrgas AG mit Hannover, Düsseldorf, Köln und anderen Städten. 1936 war die Verbindung zu den Kokereigas-Leitungen des Aachener Reviers hergestellt. Das Rohrnetz erreichte inzwischen eine Länge von 1.128 Kilometer und deckte mit der Einspeisung von zwei Milliarden Kubikmeter Gas aus 32 Kokereien rund ein Fünftel des deutschen Gasverbrauchs. Ein paar Jahre später konnten im Süden sogar die Opel-Werke in Rüsselsheim beliefert werden. 1943 erreichte die Ruhrgas AG einen Rekordabsatz von 3343 Millionen Kubikmeter Gas aus 51 Kokereien. Das war fast fünfzigmal soviel wie im ersten Betriebsjahr 1927.

Ab 1944 machten Bombenschäden zunehmend auch den Gaserzeugern schwer zu schaffen. Von den Ruhrgas-Kokereien waren nur noch 32 lieferfähig. Die Produktion blieb aber mit 3206 Millionen Kubikmetern erstaunlich hoch. Erst 1945 stürzte sie auf ein Zehntel des Vorjahres ab. Zeitweilig speisten nur noch drei Kokereien ein.

Aber schon 1946 konnte die Ruhrgas ihr Rohrleitungsnetz größtenteils wieder herstellen und zusammen mit Thyssen sogar den Export nach Holland aufnehmen. Anfang der fünfziger Jahre wurde der Rekordabsatz von 1943 wieder erreicht und übertroffen. Die Ruhrgas AG erlebte nun eine neue Phase der Expansion als führendes Ferngasunternehmen der Bundesrepublik Deutschland.

# *Die Wurzeln von Saar Ferngas und VNG*

Dem Vorbild des Rheinisch-Westfälischen Kohle-Syndikats folgten 1929 die Stadt Saarbrücken sowie die Hütten des Saargebiets, indem sie die Ferngasgesellschaft Saar gründeten. Diese Gesellschaft zielte zunächst auf den Zusammenschluß bestehender Gaswerke unter Mitverwendung von Kokereigas der Hütten. Sie führte Verhandlungen mit südwestdeutschen Städten und vereinbarte mit der Ruhrgas eine Gebietsabgrenzung. Zum Leitungsbau kam es aber vorerst nicht. Das hatte sicher auch damit zu tun, daß das Saargebiet bis 1935 unter französischer Verwaltung stand (das Gründungskapital der Gesellschaft belief sich auf 200.000 französische Francs). Erst nach der Wiedereingliederung ins mittlerweile nationalsozialistisch beherrschte Deutschland wurden von Homburg aus zwei Haupt-Fernleitungen nach Ludwigshafen gebaut (eine zur Stadt und eine zum Chemiekonzern BASF), von denen Sticheleitungen zu größeren Gemeinden führten.

Die in der Gasversorgung tätigen Kommunen der Pfalz hatten unterdessen die Pfälzische Gas AG gegründet, um ihr Eigenständigkeit gegenüber den Ferngaslieferanten von der Ruhr und der Saar zu wahren. Mit der Eigenständigkeit war es allerdings bald vorbei, da die NS-Machthaber 1935 anordneten, daß die gesamte Pfalz mit Ferngas von der Saar zu versorgen sei. Zum Jahresende 1937 wurde die Pfälzische Gas AG mit der Ferngasgesellschaft Saar zur Saar Ferngas AG verschmolzen. Bei Kriegsbeginn gab es nur noch vier pfälzische Städte, die nicht an die Ferngasversorgung angeschlossen waren und deshalb ihre eigene Gasversorgung weiter betreiben durften.

## **Im Osten fehlen die Kohle- und Stahlreviere**

Die Ferngasversorgung in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie um Berlin Mitte der dreißiger Jahre. Der Grad der Schwärzung zeigt die Versorgungsdichte. (Ausschnitt, die Gesamtkarte für Deutschland können Sie [HIER](#) anklicken)

Etwas anders verlief die Entwicklung in jenem Teil Deutschlands, der 1945 zur sowjetischen Besatzungszone wurde und seit 1949 als Deutsche Demokratische Republik (DDR) firmierte. Es fehlten hier die großen Kohle- und Stahlreviere mit Schachtanlagen und Hochöfen, von denen die Kokereigas-Leitungen im Westen ausstrahlten. Auch war der Gasverbrauch schon vor dem Krieg insgesamt niedriger als im Westen. Aber dennoch entstanden auch hier zahlreiche Ortsgasversorger, und dort, wo der Bedarf besonders groß war, entwickelten sich wie im Westen verschiedene Ferngasversorgungen, die bis zum zweiten Weltkrieg teilweise zusammenwuchsen. Insbesondere galt das für den Raum um Berlin, für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

## **Sachsen gründet Landesgasversorger**

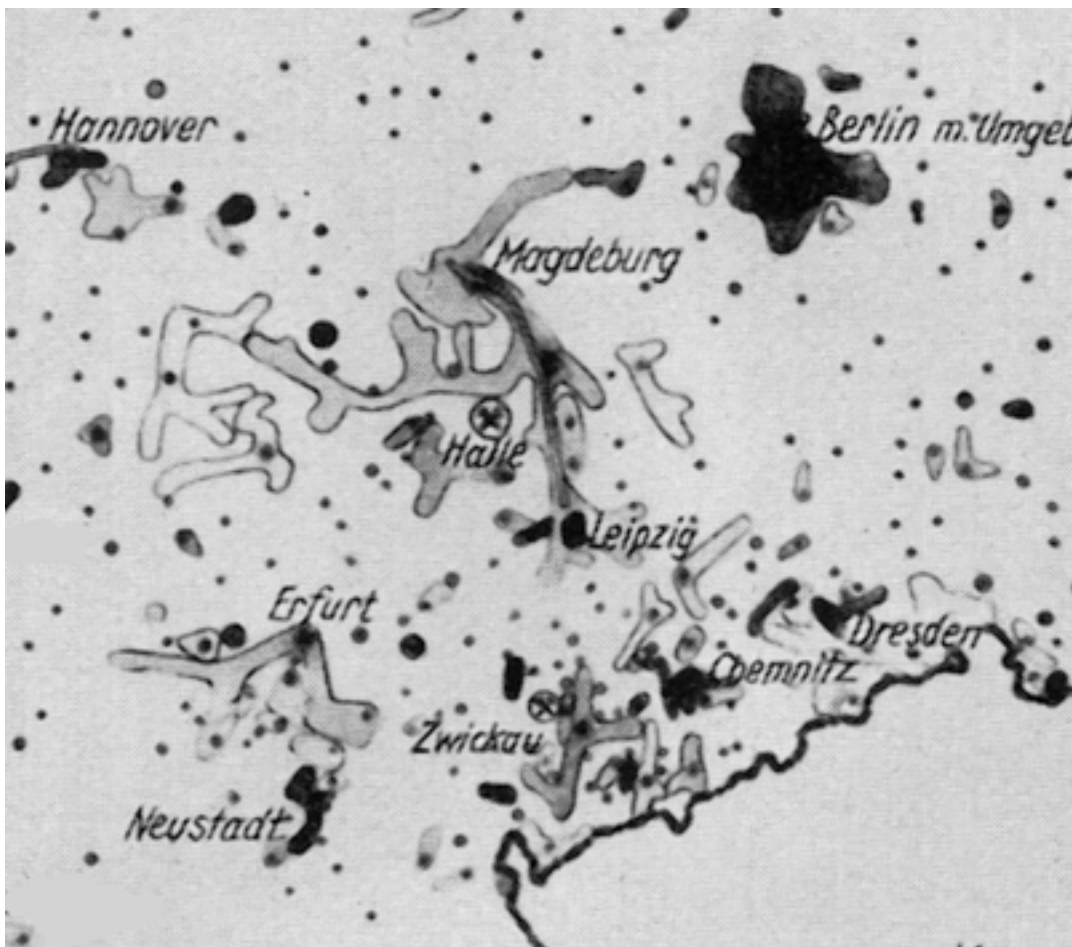
Die größte Ferngasversorgung gab es im sächsisch-anhaltinischen Industrievier. Zum Schluß reichte das zusammenhängende Netz, in das vor allem zwei Groß-

gaswerke in Magdeburg und Böhlen (bei Leipzig) einspeisten, im Süden bis nach Suhl und im Osten bis nach Zwickau. Die erforderliche Steinkohle wurde aus dem Westen herbeigeschafft. Daneben entwickelte man ein Verfahren, um die örtlichen Braunkohlevorkommen in großem Maßstab zu vergasen. Dieses sogenannte Lurgi-Verfahren wurde vor allem in der Großgaserei Böhlen angewendet.

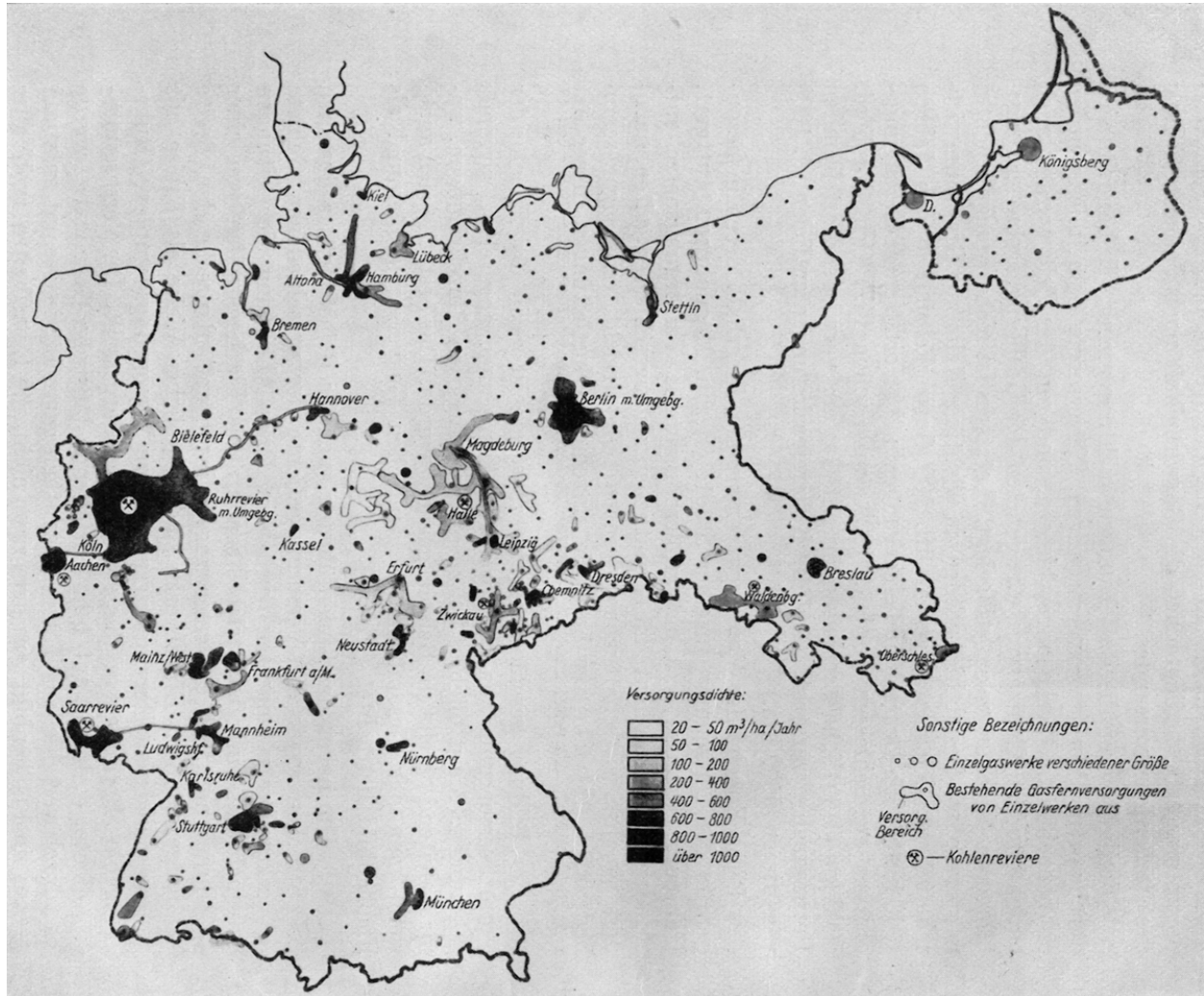
Das Land Sachsen gründete sogar ein Unternehmen, das die Ferngasversorgung in staatlicher Regie betrieb. Bei der Stromversorgung gab es etliche solcher Landesversorger. Die Landesgasversorgung Sachsen AG blieb dagegen ein Einzelfall. Sie trieb insbesondere die Vergasung von Braunkohle voran.

### **Contigas und Thüga**

Als bedeutende private Gasgesellschaften entstanden ferner 1855 die Deutsche-Continental-Gas-Gesellschaft und 1867 die Thüringer Gasgesellschaft AG (ThGG). Beide verfügten über zahlreiche Gaswerke und Ferngasleitungen. Sie betätigten sich auch in anderen Teilen des Reiches, was ihnen nach 1945 die Neuorganisation ihrer Geschäftstätigkeit ermöglichte. Die Thüringer Gas AG (Thüga), wie sie seit 1979 hieß, machte Bayern zum neuen Schwerpunkt und beteiligte sich an zahlrei-



*Die Ferngasversorgung in Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie um Berlin Mitte der dreißiger Jahre. Der Grad der Schwärzung zeigt die Versorgungsdichte. (Ausschnitt aus der Gesamtkarte für Deutschland auf der folgenden Seite)*



Der Stand der deutschen Gasversorgung um die Mitte der dreißiger Jahre. Die Karte zeigt, wie sich neben punktartigen lokalen Gasversorgungen verschiedene Ferngasnetze unterschiedlicher Größe herausgebildet haben. Das größte Netz betreibt die Ruhrgas AG, mit Leitungen bis nach Hannover und ins Aachener Revier. Die Versorgungsdichte wird durch unterschiedliche Schwärzung der Gebiete angezeigt. (Aus: Segelken, "Großraumwirtschaft in der deutschen Gasversorgung", 1937)

chen regionalen Versorgern der Bundesrepublik. Die Contigas besaß zuletzt vierzig Beteiligungen an Energieversorgern und sechs eigene Betriebe.

Die ThGG bzw. Thüga gehörte schon seit 1930 der PreussenElektra. Mit dieser gelangte sie im Jahre 2000 in den E.ON-Konzern, für den sie fortan alle Minderheitsbeteiligungen an Stadtwerken hielt. Die Contigas landete als Tochter des Bayernwerks ebenfalls im E.ON-Konzern. Sie mußte aber ihren Geschäftsbetrieb an die Thüga abgeben und diente E.ON fortan nur noch als reine Holdinggesellschaft.

### DDR setzt auch beim Gas auf Braunkohle

Nach dem Krieg konnte die DDR an die bereits vorhandenen Strukturen der Gasversorgung anknüpfen. Sie stand aber vor dem großen Problem, den dafür not-

wendigen Bedarf an Steinkohle zu decken. Die Steinkohle von der Ruhr blieb ab 1948 aus, da der Westen auf die sowjetische Blockade Berlins mit einer Gegenblockade antwortete. Die eigene Steinkohle-Förderung bei Zwickau und Dresden reichte nicht annähernd aus, um den Bedarf zu decken. Man behalf sich mit Importkohle aus Polen und Ersatzlösungen wie der Gaserzeugung aus Öl.

Schon Anfang der fünfziger Jahre setzte die DDR deshalb auch bei der Gasversorgung auf den einzigen Energieträger, über den sie ausreichend verfügte, nämlich die Braunkohle. Dies bedeutete eine enorme Umstellung: Zum einen vergaste bisher nur die Anlage in Böhlen vorgetrocknete Braunkohle nach dem Lurgi-Verfahren. Zum anderen fehlte es an einem Verbundnetz, um die Braunkohlevergasung mit den dabei anfallenden Nebenprodukten einigermaßen wirtschaftlich zu gestalten.

In der Mangelwirtschaft der DDR war ein solches Vorhaben nur schwer zu verwirklichen. Die Realisierung der Braunkohle-Vergasung und des Verbundnetzes erstreckte sich deshalb über rund zwei Jahrzehnte. Als 1969 der VEB (Volkseigene Betrieb) „Verbundnetz Gas“ gegründet wurde, verfügte er über 3700 km Hochdruckgasleitungen und einen Untergrundspeicher in Ketzin (Brandenburg). Er wurde dann mit dem Kombinat „Schwarze Pumpe“ und weiteren Betrieben im „Gaskombinat Schwarze Pumpe“ zusammengefaßt, das für die gesamte Gasversorgung in der DDR einschließlich Forschung und Entwicklung zuständig war. Die Stadtgasproduktion der DDR stammte zuletzt zu 85 Prozent aus diesem Kombinat. Mit Beginn der russischen Erdgaslieferungen 1973 wurde das staatliche Verbundunternehmen auch für die Verteilung dieses Gases zuständig, das aber im wesentlichen industriellen Großabnehmern vorbehalten blieb.

Insgesamt deckte Gas im Osten Deutschlands nur neun Prozent des Verbrauchs an Endenergie, während es im Westen 22 Prozent waren. Im Vergleich mit der Bundesrepublik, der sie 1990 beitrug, verfügte die DDR aber über ein Ferngasnetz, das fast alle Landesteile erschloß. Die VNG - Verbundnetz Gas AG, wie sie nunmehr hieß, wurde damit ein gewichtiger Faktor in der Gaswirtschaft des vereinigten Deutschland.



*Erdgas-Reklame aus dem Jahr 1968*

## *Erdgas ersetzt Stadtgas*

An sich war Erdgas nichts neues. Schon die Antike kannte Feuer, die von Gasen aus Erdspalten genährt wurden. Seitdem man systematisch nach Erdöl zu bohren begann, stieß man häufig auf Erdgas, das entweder zusammen mit dem Öl als „nasses Erdgas“ aus der Tiefe kam oder als „trockenes Erdgas“ ein separates Vorkommen bildete. Die Nutzung solcher Erdgasquellen beschränkte sich aber bis ins 20. Jahrhundert im wesentlichen auf die USA. Dort wurde schon 1821 das Dorf Fredonia mit Erdgas beleuchtet. Später verwendete man Erdgas in größerem Umfang zum Heizen und für industrielle Zwecke. Damit nutzte man den eigentlichen Vorteil des Brennstoffs, dessen Heizwert gegenüber Leuchtgas wesentlich höher war. Als Ersatz für Petroleumlampen oder gar elektrisches Licht eignete sich Erdgas dagegen weniger, da die bläuliche Flamme nur etwa halbsoviel Helligkeit erzeugte wie Leuchtgas. Mit der Erfindung des Gas-Glühstrumpfs konnte das Erdgas aber auch hier seinen größeren Heizwert ausspielen und als Lichtquelle dienen.

In Deutschland gab es, anders als in USA, nur spärliche Erdöl- und Erdgasvorkommen. Man suchte zunächst auch gar nicht nach Erdgas, da genügend Gas aus Steinkohle zur Verfügung stand. Als man bei einer Brunnenbohrung 1910 in Hamburg erstmals auf Erdgas stieß, wußte man damit nichts anzufangen. Ebenfalls nur zufällig, auf der Suche nach Erdöl, stieß man 1938 bei Bad Bentheim nahe der holländischen Grenze auf Erdgas. Die Kriegs- und Mangelwirtschaft des „Dritten Reichs“ konnte jeden Rohstoff gut gebrauchen. Deshalb baute man in den vierziger Jahren eine Leitung zu den Chemischen Werken Hüls, um das Erdgas dort zu verwerten.

Anfang der fünfziger Jahre wurde in der DDR ein Erdgasvorkommen bei Gommern in der Nähe von Magdeburg entdeckt und ab 1968 für industrielle Zwecke genutzt. Dieses Erdgas war eher von schlechter Qualität, die Förderung aufwendig und wenig ergiebig. Immerhin wußte man aber nun, daß in einem weiten Bogen zwischen Sachsen-Anhalt und den Niederlanden sowohl Erdöl als auch Erdgas zu finden war.

### **Niederlande werden zum größten Erdgas-Exporteur Europas**

Und so kam es dann 1959 zur Entdeckung eines großen Erdgasfeldes bei Groningen in den Niederlanden. Die Ergiebigkeit des Feldes lag weit über dem Eigenbedarf der

Niederlande, die bisher sogar Kokereigas von der Ruhr bezogen hatten. Die Niederlande wurden zum ersten großen Erdgas-Exporteur Europas. 1963 begannen die Lieferungen nach Deutschland. Ab 1973 traten Rußland und ab 1977 Norwegen als weitere Lieferanten auf den Plan. Hinzu kamen inländische Erdgas-Vorkommen in Norddeutschland, die ab den sechziger Jahren erschlossen wurden.

Die inländische Förderung an Erdgas war bis dahin sehr gering gewesen. Sie beschränkte sich noch 1966 auf etwa sechs Prozent des gesamten Gasaufkommens. Dieses Erdgas wurde fast durchweg für industrielle Zwecke oder zur Stromerzeugung verbraucht. Nur ein kleiner Teil wurde zu Stadtgas aufbereitet. Dies konnte in geringeren Mengen durch direkte Beimischung erfolgen, wenn man den höheren Heizwert durch Beimischung von Luft kompensierte. Oder man bediente sich des aufwendigeren chemischen Verfahrens zur Spaltung von Kohlenwasserstoffen, wie es auch für die Aufbereitung von Raffineriegas zu Stadtgas verwendet wurde.

### **Oldenburg stellt schon 1959 komplett auf Erdgas um**

Parallel zur Entdeckung der holländischen Vorkommen nahm nun auch die inländische Förderung einen bemerkenswerten Aufschwung. Als erste Großstadt der Bundesrepublik stellte Oldenburg im Jahre 1959 komplett auf Erdgas um. Das Gas stammte aus dem 45 Kilometer entfernten Lastrup, wo es bei der Erdölförderung anfiel. Es handelte sich hier aber um einen Einzelfall, der auf die günstige Lage zu einem inländischen Vorkommen zurückzuführen war. Denn eine Umstellung war nur möglich, wenn die Versorgung langfristig gesichert war. Man konnte nicht einfach Erdgas anstelle von Stadtgas in die Leitungen einspeisen. Erdgas hatte einen weit höheren Heizwert und erforderte einen höheren Betriebsdruck. Deshalb mußten neue Geräte her oder zumindest Düsen und Dichtungen ausgetauscht werden. Auch das Leitungsnetz mußte den neuen Bedingungen angepaßt werden. Hohe Betriebsverluste ergaben sich sonst vor allem bei den alten Gußleitungen, da deren Stemmuffen durch das Erdgas trockneten und schrumpften.

Die Umstellung weiterer Städte kam ein paar Jahre später in Gang, nachdem die Nutzung der neuentdeckten holländischen Vorkommen begonnen hatte. Noch 1968 wurden erst etwa zehn Prozent der insgesamt 7,21 gasversorgten Haushalte der Bundesrepublik mit Erdgas beliefert. Dann aber ging es sowohl mit der Umstellung auf Erdgas wie auch mit dem Gasverbrauch insgesamt steil aufwärts.

Das Erdgas aus Holland hatte einen annähernd doppelt so hohen Heizwert wie das bisher verwendete Stadtgas. Ein besonders publikumswirksamer Vorteil war, daß ihm das giftige Kohlenoxid fehlte. Zur Geruchserkennung wurde ihm der säuerlich schmeckende Stoff Tetrahydrothiophen zugesetzt.



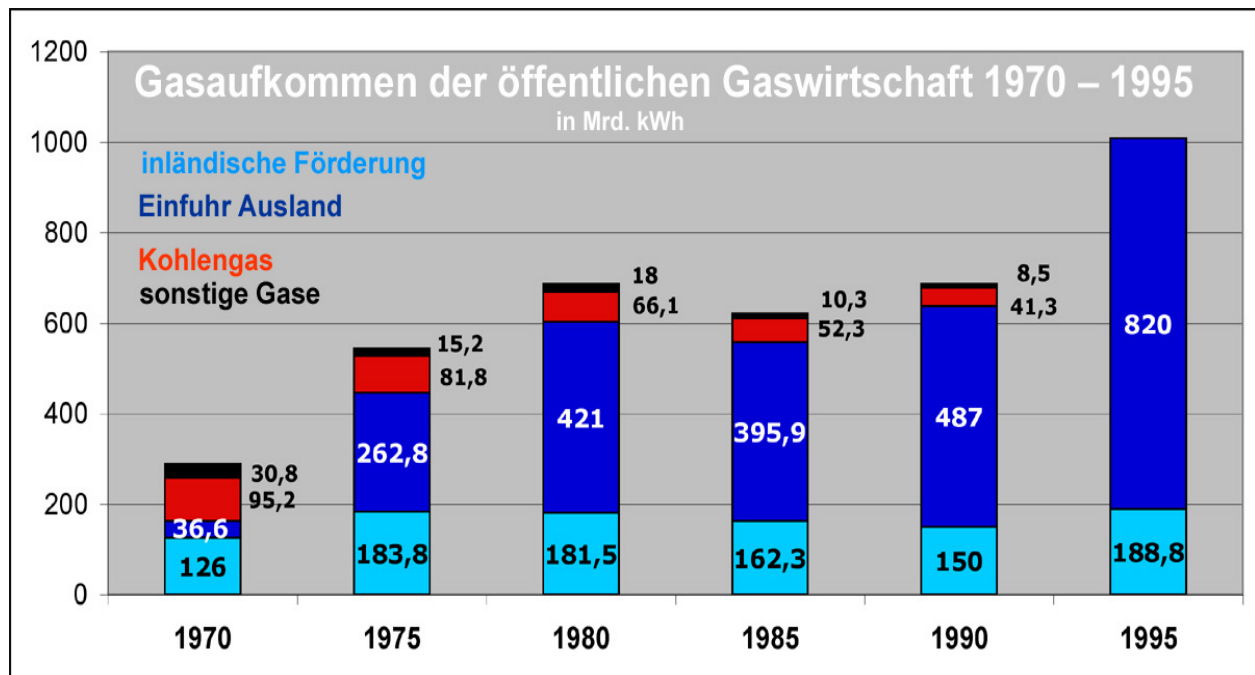
### West-Berlin bleibt aus politischen Gründen beim Stadtgas

Ende der siebziger Jahre konnte die Umstellung auf Erdgas als abgeschlossen gelten. Die wichtigste Ausnahme bildete West-Berlin, wo man beim Kokereigas blieb und viele Seitenstraßen weiterhin vom schummerigen Licht der Gaslaternen erhellt wurden. Eine Erdgas-Versorgung aus Holland oder Norddeutschland war hier aus politischen Gründen nicht möglich. Ersatzweise untersuchte man schon in den sechziger Jahren systematisch den Grunewald und sonstigen West-Berliner Untergrund, um möglicherweise auf dem eigenen Territorium fündig zu werden. Die norddeutschen Vorkommen erstreckten sich indessen nicht so weit nach Osten, wie man gehofft hatte.

Ab 1985 verfügte dann auch Westberlin wie Westdeutschland über Zugang zu russischem Erdgas. Noch immer war aber die Energieversorgung der Stadt eine eminent politische Frage. Um nicht in allzugroße Abhängigkeit von den Sowjets zu geraten, wurde das russische Erdgas zu herkömmlichem Stadtgas gespalten und zur Füllung eines unterirdischen Speichers im Grunewald verwendet, der einen ganzen Jahresverbrauch aufnehmen konnte. Die eigentliche Umstellung auf Erdgas begann erst nach dem Fall der Mauer. Mit der Stilllegung des Gaswerks Mariendorf im Mai 1996 endete dann auch in Berlin nach 170 Jahren die Ära des Stadtgases.







Wie diese Grafik zeigt, bestand 1970 erst gut die Hälfte des Gesamtaufkommens aus Erdgas, wobei die inländische Förderung die Exporte bei weitem überwog. Dann aber nahmen die Einfuhren stark zu, während die inländische Förderung im großen und ganzen stagnierte. Zugleich verringerten sich die Anteile von Kohlengas und sonstigen Gasen am Gesamtaufkommen bis zur Bedeutungslosigkeit. Zum Schluß wurde in der Statistik des Bundesverbands der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft (BGW), der diese Zahlen entstammen, nur noch das Erdgasaufkommen registriert.

## *Die Entstehung des Erdgas-Verbundnetzes*

Das Erdgas ersetzte nicht nur das bisherige Stadtgas bzw. Kokereigas. Zugleich begann damit ein grundlegender Wandel der bundesdeutschen und europäischen Gaswirtschaft. Die Versorgung des deutschen Marktes aus ausländischen Quellen veränderte die herkömmliche Struktur der Gaswirtschaft in technischer wie wirtschaftlicher Hinsicht. Die neu gebauten und vorhandenen Gasleitungen wuchsen nunmehr in ähnlicher Weise zusammen und ergaben ein grenzübergreifendes Verbundnetz wie zuvor schon die Netze der Stromwirtschaft.

Bisher war die Gasversorgung lokal und regional organisiert. Die Ferngasnetze beschränkten sich auf den Umkreis der Montanreviere. Im wesentlichen handelte es sich um die Netze von Ruhrgas, Thyssengas, Saar Ferngas, VEW, Westfälische Ferngas und Ferngas Salzgitter. Alle diese Unternehmen waren vor 1945 gegründet worden.

### **Neue Ferngasgesellschaften zur Abdeckung des gesamten Bundesgebiets**

Nun entstanden auch in anderen Landesteilen Ferngasgesellschaften, um das von der Ruhrgas importierte holländische Erdgas und die neu erschlossenen inländischen Vorkommen an die Ortsgasgesellschaften weiterzuverteilen. Schon 1959

gründeten inländische Erdgas-Förderer die Erdgas-Münster GmbH. 1961 entstanden in Hessen und Baden-Württemberg die Gasunion und die Gasversorgung Süddeutschland als kommunale Ferngasgesellschaften. 1962 folgte als weitere kommunale Gründung die Bayerische Ferngasgesellschaft mbH - Bayerngas. Außerdem übernahmen Ruhrgas und Saar Ferngas die Kokereigas-Leitungen der Amberger Luitpoldhütte und machten daraus die Ferngas Nordbayern AG.

Insgesamt gab es damit in der alten Bundesrepublik 16 Ferngasunternehmen, die nach den Ermittlungen der Monopolkommission folgende Marktanteile besaßen:

Unternehmen	Marktanteil 1970 in %	Marktanteil 1974 in %
Ruhrgas*	27,5	36,1
BEB	18,7	18,6
EVG Münster	12,3	8,4
Mobil Oil	9,6	6,4
Thyssengas*	6,8	5,7
Gasversorgung Süddeutschland*	2,6	4,0
Wintershall	4,7	2,9
VEW	2,4	2,8
Saar Ferngas*	2,6	2,6
Gas-Union*	1,9	2,6
EWE	1,8	2,5
Salzgitter Ferngas*	3,1	2,3
Bayerische Ferngas*	0,3	1,9
Westfälische Ferngas*	2,0	1,7
Ferngas Nordbayern*	0,7	0,9
Preussag	3,0	0,6
<i>insgesamt in %</i>	<i>100</i>	<i>100</i>
<i>insgesamt absolut</i>	<i>35131,4 Mio. Kubikmeter</i>	<i>73788,8 Mio. Kubikmeter</i>

Die hier genannten Marktanteile enthielten allerdings auch Doppelzählungen, da einzelne Unternehmen von anderen beliefert wurden. Die Konzentration der Gasverteilung war also höher, als die Zahlen erkennen lassen. Immerhin wird deutlich, daß die Ruhrgas AG ihren Marktanteil binnen vier Jahren beträchtlich ausweiten konnte.

Neun der 16 Unternehmen – sie sind in der obenstehenden Tabelle mit einem Stern (\*) markiert – betrachtete die Monopolkommission als „Ferngasunternehmen im engeren Sinn“, da sie über keine eigene Erdgas-Förderung verfügten. Wenn man nur sie miteinander verglich (was auch das Risiko von Doppelzählungen minimierte), erhöhte sich der Marktanteil der Ruhrgas auf 58 Prozent im Jahr 1970 und auf 62,5 Prozent im Jahr 1974.

### **Rund 500 örtliche Verteilunternehmen**

Der Anteil des Kokereigases am gesamten Endverbrauch betrug 1974 nur noch 11,5 Prozent. Im übrigen deckte Erdgas aus holländischer und inländischer Förderung den Bedarf. Die 16 Ferngasunternehmen belieferten 43 Prozent des Endkunden-Marktes direkt, wobei Ruhrgas (18,0%) mit großem Abstand vor BEB (5,4%) und EVG Münster (4,6%) rangierte. Unterhalb der Ferngas-Ebene bedienten rund 500 örtliche Verteilunternehmen die restlichen 45,6 Prozent des Endkunden-Marktes. In der Regel handelte es sich um Stadtwerke, die ihre Haushalts- und Gewerbekunden neben Strom und Wasser auch mit Gas versorgten.

Die örtlichen Verteiler besaßen zwar in ihrem Bereich die Leitungen zu den Endkunden und mußten insoweit keine Konkurrenz durch andere Anbieter befürchten. Sie waren aber ihrerseits von den Ferngasgesellschaften abhängig, die das Gas in die jeweilige Region transportierten. Die Ferngasgesellschaften hingen wiederum von den Förderunternehmen ab, die das Erdgas in Holland oder Norddeutschland in die Leitungen einspeisten. Letztendlich wurden damit alle drei Stufen der Gasversorgung von den Mineralölkonzernen kontrolliert, die nicht nur die Fördergesellschaften beherrschten, sondern auch bei den strategisch wichtigen Verteilern Ruhrgas und Thyssengas das Sagen hatten. Die mehrheitlich der öffentlichen Hand gehörenden Gasversorger waren dagegen durchweg regionale oder lokale Verteiler.

Dieses Machtgefälle äußerte sich auch darin, daß sich die Ferngasgesellschaften in ihren Verträgen mit den Stadtwerken oft vorbehielten, größere Kunden direkt zu versorgen. Im übrigen sicherten sie ihre Einflusssphären untereinander durch sogenannte Demarkationsverträge ab. Damit war jeder Ansatz zur Konkurrenz ausgeschaltet, selbst wenn die Belieferung eines Verteilers durch zwei oder mehr Ferngasunternehmen technisch möglich gewesen wäre.

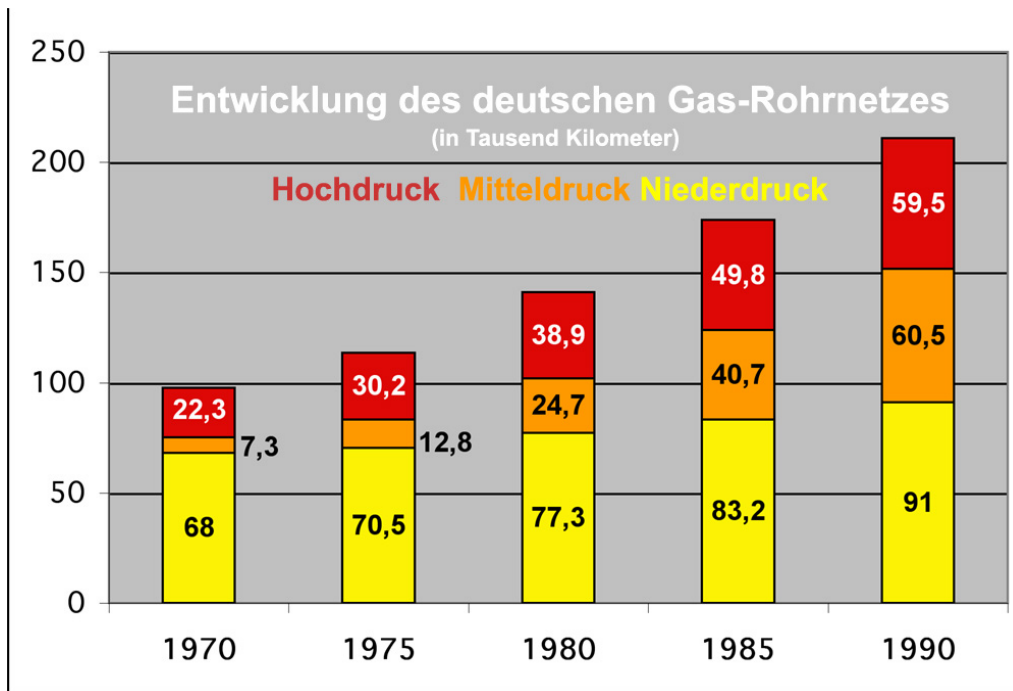
### **Erdgas gilt als Übergangslösung zwischen Kohle und Kernenergie**

Über die begrenzte Verfügbarkeit des Erdgases machte man sich anfangs keine Gedanken. Vielmehr glaubte man noch, daß Atomkraftwerke eines Tages ohnehin sämtliche Energieprobleme lösen würden. Vor diesem Hintergrund erschien die Ausbeutung der neuentdeckten niederländischen Erdgasfelder als Übergangslösung, mit der man sich sogar beeilen mußte, um die sich bietenden Marktchancen nicht zu verpassen. Die erste Ölkrise der Jahre 1973/1974 ließ es zudem ratsam erscheinen, die Abhängigkeit von den arabischen Ölquellen durch vermehrten Einsatz von Erdgas zu verringern.

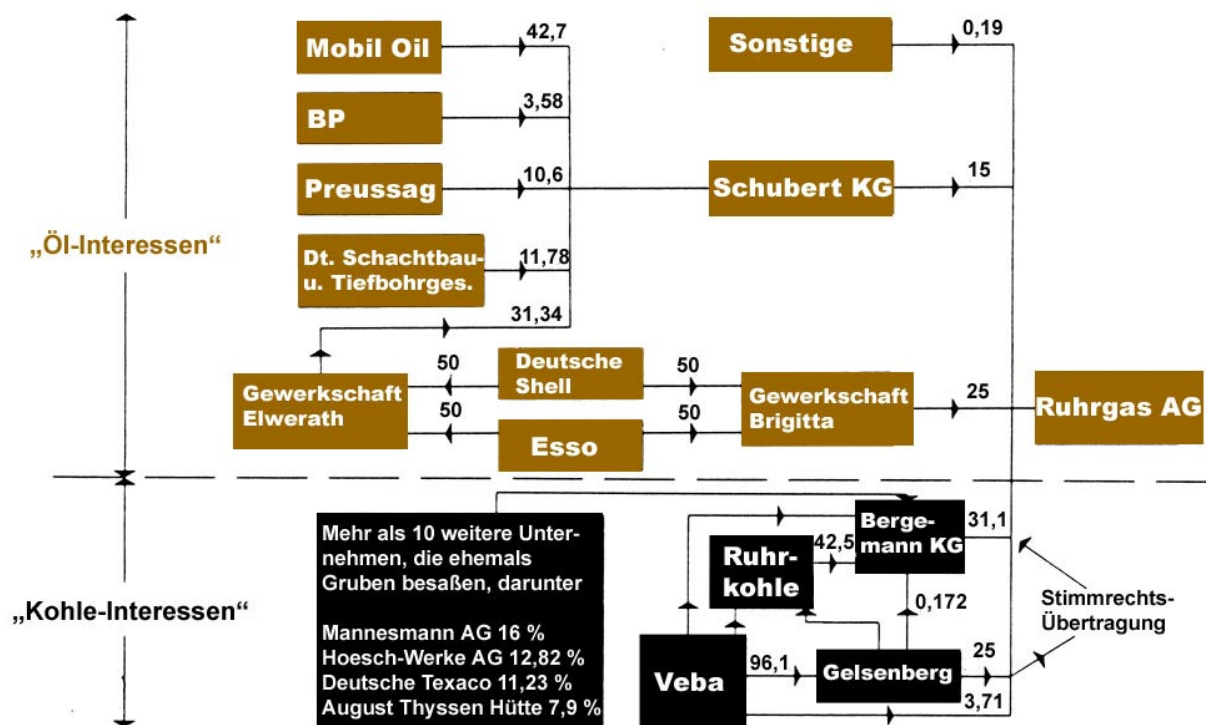
Eine weitere Erwartung war damals, die Kernenergie durch Auskoppelung von Prozeßwärme für die Kohlevergasung verwenden zu können. So findet sich noch im ersten Hauptgutachten der Monopolkommission für die Jahre 1973 bis 1975 der Hinweis auf die geplanten Hochtemperaturreaktoren, die neben Fernwärme auch die „Vergasung von Braun- und Steinkohle zu Prozeßgas und zu synthetischem Naturgas (SNG) als Erdgasersatz“ ermöglichen würden. Allerdings sei erst ab 1985 mit einer Auswirkung auf die Energiemärkte zu rechnen. Bis dahin werde die Bedeutung des Erdgases noch zunehmen. – Auch dies eine falsche Einschätzung, wie wir heute wissen.

### Länge des Gas-Rohrnetzes in zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt

Die 16 Ferngasgesellschaften und 500 örtlichen Verteiler verfügten Anfang der siebziger Jahre über ein Rohrnetz, das insgesamt rund 100.000 Kilometer lang war. In den folgenden zwanzig Jahren wurden vor allem Leitungen für Hoch- und Mitteldruck neu gebaut, um die Bundesrepublik flächendeckend mit einem Transport- und Verteilnetz zu überziehen. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes erhöhte sich dadurch um mehr als das Doppelte:



# Ölkonzerne beteiligen sich an Erdgas-Verteilern



Weil sie auf den Bau eigener Erdgas-Leitungen verzichteten, durften sich die Mineralölkonzerne an der Ruhrgas AG beteiligen. Die Monopolkommission machte sich in ihrem ersten Hauptgutachten 1973/75 die Mühe, die neuen Beteiligungs- und Herrschaftsverhältnisse detailliert darzulegen. Sie gelangte zu dem Schluß, daß beim größten deutschen Ferngasunternehmen inzwischen die Öl-Interessen dominierten.

Treibende Kraft beim Aufbau eines flächendeckenden Erdgas-Verbundnetzes wurde die Ruhrgas AG, die ursprünglich vom Ruhrbergbau gegründet worden war, um das in den Kokereien anfallende Gas zu vermarkten. Ihr Ferngasnetz war mit Abstand das größte in Deutschland und befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft der neuentdeckten Erdgasvorkommen.

## Abhängigkeit vom Koksbedarf behindert inzwischen den Ausbau der Gasversorgung

Es gab noch weitere Gründe, weshalb die Ruhrgas nun zum Wegbereiter des Erdgases in Deutschland wurde. Zum einen wäre es für sie aussichtslos gewesen, mit Kokereigas gegen das billigere und energetisch hochwertigere Erdgas konkurrieren zu wollen. Zum anderen stand das holländische Erdgas in Hülle und Fülle zur Verfügung, während die bisherige Gasproduktion vom Koksabsatz abhing. Mit dem Koks ging es aber preislich und mengenmäßig eher abwärts. Das Gas-Aufkommen stagnierte. Sowohl die Ferngasunternehmen als auch die örtlichen Gasversorger waren bereits dazu übergegangen, den Mehrbedarf an Stadtgas aus Öl, Raffinerie-

gas, Flüssiggas oder Erdgas zu erzeugen. Einer Ausweitung des Geschäfts waren damit enge Grenzen gesetzt, zumal das Gas auf dem Wärmemarkt mit Öl und zunehmend auch mit Strom konkurrieren mußte.

Das Bundeswirtschaftsministerium ließ 1957 eine Expertise zu der Frage erstellen, ob der Bergbau in der Lage sei, weiterhin den notwendigen Beitrag zur öffentlichen Gasversorgung zu leisten. Die Gutachter unterstellten dabei eine Zunahme des Rohstahlverbrauchs von jährlich 23,5 auf 39 Millionen Tonnen im Jahre 1970. Aber dennoch ergab sich dann für 1970 eine Gaslücke von 7,5 Millionen Kubikmeter täglich, die auf dem bisher üblichen Wege nicht mehr gedeckt werden konnte.

Die Abhängigkeit der Gasversorgung vom Koksbedarf war somit zu einem Hindernis für den weiteren Ausbau der Gasversorgung geworden. Die Montanindustrie, die hinter der Ruhrgas stand, konnte also nur profitieren, wenn sie anstelle der eigenen Gaserzeugung fortan auf Erdgas setzte. Sie konnte sogar doppelt gewinnen, indem sie das weiterhin anfallende Kokereigas nun an industrielle Großverbraucher verkaufte, die sich in der Nähe der Kokereien befanden.

### **Ölkonzerne hätten am liebsten ihre eigenen Erdgas-Leitungen gebaut**

Dennoch fiel der Ruhrgas die Erdgasverteilung nicht einfach in den Schoß. Die Erdgasförderung wurde nämlich von den Ölkonzernen beherrscht, die am liebsten ihre eigenen Pipelines gebaut hätten, um den neuen Markt auf allen Ebenen in den Griff zu bekommen. Es bedurfte erheblicher Anstrengungen der Montanindustrie, um die Ölkonzerne an der Errichtung eines eigenen Netzes zu hindern und auch die Politiker davon zu überzeugen, daß die sukzessive Umstellung der bereits vorhandenen Ferngasnetze auf Erdgas die bessere Lösung war.

„Erst nach langem, zähen Ringen ist es unter Hinweis auf die durch langfristige Verträge gesicherten Versorgungsgebiete und durch den Nachweis, daß das Ferngasnetz für den Erdgastransport geeignet ist, gelungen, den Ferngasgesellschaften ihre Absatzgebiete zu sichern“, hieß es 1966 in einer Mitteilung der Eisenhütten-Branche. „Wäre dies nicht erreicht worden, so wäre das Erdgas unkontrolliert und zum Schaden des Bergbaues frei in den Markt geströmt.“

### **Separates Abkommen mit Thyssen setzt Ruhrgas unter Druck**

Dieses zähe Ringen begann im Sommer 1963 damit, daß die Ruhrgas gemeinsam mit der Thyssengas den Bau einer neuen Sammel-Leitung beantragte, um niederländisches Erdgas in Deutschland zu verteilen. Der Ausbau sollte aber gemächlich angegangen und das Erdgas eher zur Ergänzung statt zur Ablösung des Kokereigases herangezogen werden.

Die Ölkonzerne Esso und Shell, denen die niederländische Vertriebsgesellschaft NAM gehörte, wollten das Erdgas jedoch möglichst schnell in den deutschen Markt drücken, bevor ihnen möglicherweise billiger Strom aus Kernenergie oder die Kohlevergasung mittels Hochtemperaturreaktoren einen Strich durch die Rechnung machen würden. Sie kauften deshalb 1964 für viel Geld die Hälfte der Anteile an der Thyssengas und schlossen mit dieser ein separates Abkommen über die Lieferung großer Mengen Erdgas.

Die Ruhrgas erwog daraufhin vorübergehend den Bau einer eigenen Leitung, die sie mit Erdgas aus deutscher Förderung zu beschicken gedachte. Diese inländischen Vorkommen waren damals allerdings noch mehr Hoffnung als Realität und erwiesen sich auch später als relativ gering.

### **An die Stelle der Konfrontation tritt eine neue Koalition aus Montan- und Ölindustrie**

Am Ende beugte sich deshalb die Ruhrgas dem Verlangen der beiden Ölkonzerne, den deutschen Gasmarkt möglichst schnell auf Erdgas umzustellen und die Lieferanten auch am Transport und Vertrieb zu beteiligen. Wie bei Thyssengas hielten nun auch bei Ruhrgas die Erdgaslieferanten als neue Miteigentümer ihren Einzug. Aus der vorübergehenden Konfrontation entstand eine neue Koalition aus Montanindustrie und Ölkonzernen.

Bei der Ruhrgas sah dies am Ende so aus, daß die von Esso, Shell, Mobil Oil und anderen Unternehmen repräsentierten Öl-Interessen über die Gewerkschaft Brigitta und die Schubert KG insgesamt 40 Prozent des Aktienkapitals hielten. Die Steinkohlezechen, die 1968 in der Ruhrkohle AG zusammengefaßt wurden, sowie etliche andere Unternehmen, die früher im Bergbau tätig waren, bündelten ihre Interessen in der Bergemann KG, die 31,1 Prozent besaß. Der Rest der Anteile gehörte dem 1965 teilprivatisierten Staatskonzern Veba über die Gelsenberg AG (25 Prozent) sowie zu einem kleinen Teil direkt (3,71 Prozent). Die Stimmrechte der Gelsenberg AG wurden allerdings von der Bergemann KG wahrgenommen. Im Zweifelsfall verfügte die Kohle-Fraktion also noch immer über mehr Stimmen als die Öl-Fraktion, wobei aber zugleich der Bund ein entscheidendes Wörtchen mitzureden hatte.

### **Gaspreise werden mit Ölpreisen gekoppelt**

„Die Ferngaswirtschaft wird im wesentlichen von den Ölkonzernen Esso und Shell, der Ruhrgas AG und der öffentlichen Hand kontrolliert“, konstatierte die neu berufene Monopolkommission, als sie 1976 ihr erstes Hauptgutachten vorlegte. „Zwar ist der Einfluß der Ölgesellschaften auf die westdeutsche Ferngaswirtschaft geringer als im Bereich des Gasaufkommens, er ist jedoch so hoch, daß auch auf dieser Marktstufe keine Entwicklung eingeleitet werden kann, die dauerhaft und grundlegend ihren Unternehmensinteressen zuwiderläuft.“

Besonders deutlich wurde dieser Einfluß der Ölkonzerne in der nunmehr praktizierten Bindung des Gaspreises an den Ölpreis. Die offizielle Begründung dafür lautete, daß die enormen Investitionen der Erdgas-Verteiler in den Aufbau eines Erdgas-Verbundnetzes langfristig gesichert werden müßten. In Wirklichkeit profitierten davon die Ölkonzerne, die nunmehr auf beiden Seiten des Verhandlungstischs saßen und deshalb mühelos solche Klauseln in die langfristigen Lieferverträge hinschreiben konnten. Für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Ölpreise in den Keller rutschen sollten, galten Mindestpreise, die unabhängig vom Ölpreis zu bezahlen waren.

Mit derselben Begründung hätte man den Strompreis ans Öl koppeln können, denn der Bau von Kraftwerken und Hochspannungsleitungen ist auch sehr kapitalauf-

wendig. Die Willkür, mit der hier für einen wichtigen Energieträger die Preisbildung am Markt einfach außer Kraft gesetzt wurde, stand in krassem Gegensatz zu den ansonsten hochgepriesenen Grundsätzen der freien Marktwirtschaft. Das Öl konnte nun teurer werden, ohne deshalb in solchen Bereichen, in denen es leicht durch Gas ersetzt werden konnte, an Marktanteilen zu verlieren.



# Der ÖGaskrieg• zwischen Ruhrgas und BASF

Nach Beendigung des dreijährigen ÖGaskriegs• trieben Ruhrgas (blau) und BASF/Wintershall (rot) den Ausbau ihrer Transportnetze weiter voran. Diese Karte zeigt den Stand im Jahre 1997.

Bis Oktober 1973 stammte das in der Bundesrepublik Deutschland verbrauchte Erdgas Überwiegend aus den Niederlanden und knapp zur Hälfte aus einheimischer Förderung. Dann floß erstmals Erdgas aus Rußland Über die tschechische Grenze bei Waidhaus ins Netz der Ruhrgas. Als weiteres wichtiges Lieferland kam 1977 Norwegen und ab 1984 eine kleinere Menge aus Dänemark hinzu. In den folgenden Jahren verdoppelte sich der Anteil der Importe aus Rußland und stieg 1989 auf dreißig Prozent. Der Anteil der inländischen Erzeugung verringerte sich auf etwa ein Fünftel (siehe Grafik).

Die DDR bezog seit 1973 ebenfalls Erdgas aus Rußland. Zuletzt war der Bezug von acht Milliarden Kubikmetern jährlich vereinbart. Dieses russische Erdgas wurde aber größtenteils für industrielle Zwecke verwendet, ebenso ein einheimisches Erdgas-Vorkommen bei Magdeburg, das wegen seines hohen Schwefelgehalts einen er-

heblich geringeren Brennwert hatte. Während die Haushalte der Bundesrepublik schon Anfang der siebziger Jahre weitgehend auf Erdgas umgestellt waren, kochte der typische DDR-Haushalt weiterhin mit Kokereigas, das aus dem Kombinat „Schwarze Pumpe“ bei Schwedt stammte und über das Leitungsnetz der Verbundnetz Gas (VNG) verteilt wurde.

### **Verswinden der DDR-Regierung setzt acht Milliarden Kubikmeter Erdgas frei**

Für den Transport des russischen Erdgases zu den Großabnehmern in der DDR, der über ein eigenes Leitungsnetz erfolgte, war ebenfalls die VNG zuständig. Vertragspartner der russischen Lieferanten war aber nicht sie, sondern die DDR-Regierung. Als die DDR zusammenbrach und im Oktober 1990 mit dem Beitritt zur Bundesrepublik ihre eigene staatliche Existenz aufgab, verschwand deshalb auch der bisherige Vertragspartner für die Lieferung von insgesamt acht Milliarden Kubikmeter Erdgas.

Zunächst schien es nur eine Formsache zu sein, die VNG anstelle der DDR-Regierung in die Lieferverträge eintreten zu lassen. Wie die anderen ehemals „volkseigenen“ Betriebe war die VNG zum 1. März 1990 von der vorletzten DDR-Regierung unter Hans Modrow einer Treuhandanstalt übereignet worden, die nach dem Zusammenschluß der beiden Staaten in die Zuständigkeit des Bundesfinanzministeriums überging und in dessen Auftrag diese Betriebe privatisierte. Die Ruhrgas AG als das mit Abstand führende westdeutsche Ferngasunternehmen hatte bereits den Fuß in der Tür, um zumindest so viele dieser Anteile zu übernehmen, daß sie künftig bei der VNG das Sagen haben würde.

### **BASF/Wintershall verbündet sich mit Gazprom**

Da trat plötzlich ein Rivale auf den Plan, den man bisher nur als Großverbraucher von Gas kannte, nämlich der Chemiekonzern BASF. Dieser war schon seit längerem unzufrieden mit den Preisen, die ihm die Ruhrgas mangels Konkurrenz praktisch diktieren konnte. Über die ihm gehörende Bergbaugesellschaft Wintershall AG war er zwar an der einheimischen Erdgas-Förderung beteiligt, doch reichte das nicht aus, um seinen Bedarf zu decken.

Schon vor dem Zusammenbruch der DDR hatte die BASF den Bau einer eigenen Pipeline von Ludwigshafen bis nach Emden erwogen, um sich direkt aus der dort anlandenden Pipeline „Norpipe“ mit Gas aus Norwegen versorgen zu können. Die norwegischen Gas-Lieferanten sollen aber abgewunken haben, weil sie ihr Verhältnis zur Ruhrgas nicht belasten wollten. Denn es ging schon damals nicht nur um die Versorgung der BASF, sondern um den Aufbau eines neuen Erdgas-Importstrangs quer durch Deutschland, mit dem die BASF in Konkurrenz zur Ruhrgas treten und auch andere Abnehmer beliefern konnte.

Durch den Umbruch im Osten eröffneten sich der BASF andere und lohnendere Perspektiven. Sie schloß nun ein Bündnis mit dem russischen Gasexporteur Gazprom, der schon bisher der wichtigste Lieferant der Ruhrgas war. Anders als die Norweger scheuten die Russen nicht vor einer Belastung ihres Verhältnisse zur Ruhrgas zurück. Sie versprachen sich vielmehr Vorteile davon, in Deutschland zwei Geschäftspartner zu haben, die gegeneinander ausgespielt werden konnten.

### **Deutsch-russisches Gemeinschaftsunternehmen WIEH übernimmt Gaslieferungen an VNG**

So kam es am 26. September 1990 zu einem ersten Vertrag, in dem die BASF-Tochter Wintershall und Gazprom ihre gaswirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbarten. Am 9. November folgte die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens Wintershall Erdgas Handelshaus GmbH (WIEH), an dem Wintershall die knappe Mehrheit und Gazprom den Rest hielt. Am 27. November schloß dieses neue Gemeinschaftsunternehmen mit Gazprom einen Liefervertrag über 5,9 Mrd. Kubikmeter Erdgas für 1991 zur Versorgung der neuen Bundesländer auf dem Territorium der früheren DDR.

Selbstbewußt verlangte die BASF-Tochter Wintershall nun auch von der Treuhand, mit 25,1 Prozent an der VNG beteiligt zu werden. Der Ruhrgas gelang es aber, den von ihr beantragten 35-Prozent-Anteil ungeschmälert zu erhalten. Weitere zehn Prozent erhielt die BEB Erdgas und Erdöl GmbH, der die Ruhrgas zu einem Viertel gehörte, so daß diese faktisch über 45 Prozent verfügte. Für Wintershall blieben nur 15 Prozent und für Gazprom fünf Prozent übrig. Der Rest aus kommunalen Anteilseignern hatten sich den Erwerb seiner Beteiligungen von der Ruhrgas vorfinanzieren lassen und war deshalb dieser verpflichtet. Praktisch hatte also die Ruhrgas bei VNG das Sagen, obwohl sie vorläufig nicht einmal in der Lage war, aus ihrem eigenen Netz in das der VNG einzuspeisen. Die Vertreter des einzigen Lieferanten verfügten dagegen nicht einmal über die Sperrminorität.

### **BASF und Ruhrgas kämpfen mit harten Bandagen um den ostdeutschen Gasmarkt**

Vor diesem Hintergrund entbrannte im Oktober 1991 ein offen ausgetragener „Gaskrieg“ zwischen BASF und Ruhrgas. Das deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen WIEH verfügte zwar kaum über Einfluß bei der VNG, konnte aber Preise und Mengen des von der VNG bezogenen Erdgases bestimmen. Von diesem Hebel machte WIEH nun Gebrauch und erhöhte der VNG die Preise. Und als die VNG nicht bezahlen wollte, verringerte sie kurzerhand ihre Gaslieferungen, so daß die VNG zur Sicherstellung der Versorgung ihre Untertagespeicher anzapfen mußte. In den östlichen Bundesländern zeichnete sich damit die Gefahr einer Erdgas-Versorgungskrise ab, denn irgendwann würden die Speicher leer sein.

Anfang Dezember 1990 verschärfte WIEH den Druck auf VNG mit der Ankündigung, die Lieferungen zum Jahresende ganz einzustellen, falls die VNG nicht den geforderten Preis zahle. Die VNG bzw. die Ruhrgas antworteten mit einer Anzeigenkampagne in Gestalt eines „Offenen Briefs“ an die Vorstände von BASF und Wintershall. Darin wurden der WIEH unvertretbare Preisforderungen vorgeworfen und „schwere Versorgungsstörungen in Ostdeutschland“ vorausgesagt, falls die WIEH bei ihrer Haltung bleibe. „Wir werden deshalb die Bundesregierung bitten, die für solche Notsituationen vorgesehene öffentliche Notlastverteilung einzurichten“, hieß es in dem Offenen Brief.

Noch vor Weihnachten zeichnete sich dann eine Entspannung der verhärteten Fronten ab. Die Basis bildete ein Schlichtungsvorschlag des Bundeskartellamts,

wonach die VNG bestimmte Aufschläge auf den alten Erdgas-Preis akzeptiert und für die bereits gelieferten Mengen eine Pauschalnachzahlung leistet. Der endgültige Preis für das Erdgas aus Rußland sollte zu einem späteren Zeitpunkt in einem Schiedsverfahren festgelegt werden. Ferner wurde entschieden, daß nicht die Ruhrgas AG, sondern die Bayerische Landesbank die Vorfinanzierung der VNG-Anteile übernimmt, die von der Treuhand den ostdeutschen Kommunen zugestanden worden sind.

### **Zweite Runde der Kraftprobe**

Die Einigung war indessen mehr ein Waffenstillstand als ein Friedensschluß. Auf beiden Seiten rüstete man für die nächste Kraftprobe. Die Ruhrgas-Miteigentümerin BEB baute an einer 165 Kilometer langen Pipeline, mit der noch vor dem nächsten Winter das ostdeutsche VNG-Netz an die Leitungen der Ruhrgas angeschlossen werden sollte. Die WIEH trieb seit Oktober 1991 den Bau einer 320 Kilometer langen Transportleitung voran, die als „Sächsisch-Thüringische Erdgas-Leitung“ (Stegal) die Verbindung vom VNG-Netz zur Erdgas-Übergabestation an der Olbernhau an der Grenze zu Tschechien herstellen sollte. Außerdem begann sie im Mai 1992 mit dem Bau einer weiteren Transportleitung, die als „Mittel-Deutschland-Anbindungs-Leitung“ (Midal) über 700 Kilometer von Süddeutschland bis an die Nordsee führen sollte und bereits den früheren Planungen für den Import von norwegischem Erdgas zugrunde gelegen hatte.

Ende Januar 1992 teilte der russische Vizepremier Gaidar dem deutschen Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann mit, daß die VNG nicht damit rechnen könne, nach dem 1. März weiter mit Gas beliefert zu werden. Möllemann war nach Moskau gereist, um eine gemeinsame Konferenz mit den Russen vorzubereiten. Bei der anschließenden Sitzung des deutsch-russischen Kooperationsrats am 18. Februar in Bonn stand deshalb auch dieses Problem auf der Tagesordnung. Beide Seiten einigten sich auf die vorläufige Fortsetzung der Lieferungen im laufenden Jahr. Über den Preis für die Lieferungen wurde Stillschweigen vereinbart, und auch sonst blieb vieles unklar.

Anfang 1994 brach der Gas-Streit zwischen Ruhrgas und BASF erneut aus. Die WIEH kündigte die Einstellung der russischen Erdgaslieferungen zum 20. Januar an, weil sich die VNG bei den Preisverhandlungen völlig unnachgiebig gezeigt habe. Die Verantwortung für das Scheitern der Verhandlungen liege allein bei der VNG, die seit September 1992 über die westliche Anbindung an das Ruhrgas-Netz verfügte und es sich deshalb leisten könne, selbst günstige Angebote für russisches Erdgas auszuschlagen. Die VNG beteuerte dagegen, daß die West-Anbindung keinen ausreichenden Ersatz gewährleiste und deshalb ein Lieferstop die Gasversorgung der neuen Bundesländer gefährden würde.

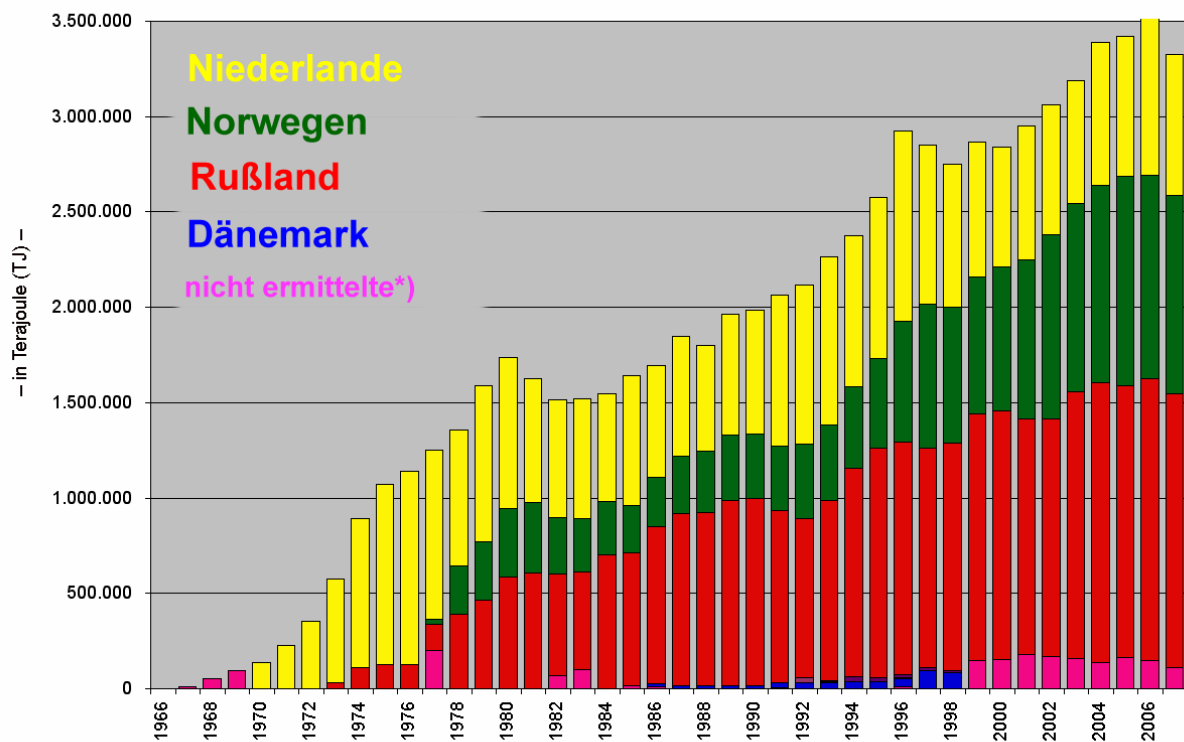
### **Langjähriger Liefervertrag beendet dreijährige Auseinandersetzung**

Auch dieser Streit wurde auf politischer Ebene beigelegt. Das Bundeswirtschaftsministerium richtete ein Schreiben an das russische Außenministerium, in dem es den angekündigten Lieferstop durch Gazprom als „eklatanten Vertragsverstoß“ bezeichnete. Die Kontrahenten einigten sich schließlich kurz vor dem angekündig-

ten Lieferstopp am 19. Januar bei geheimen Verhandlungen in Moskau auf einen Kompromiß. Der neue Preis war dem Vernehmen nach höher als derjenige, auf den sich beide Seiten nach dem ersten Gas-Streit am 18. Februar 1992 in Bonn geeinigt hatten.

Damit war der dreijährige „Gaskrieg“ zwischen BASF und Ruhrgas beendet. Anfang Februar 1994 unterzeichneten WIEH und VNG einen langfristigen Liefervertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Die VNG verpflichtete sich darin von 1994 bis 1998 zum Bezug von jährlich 3,5 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas. Ab 1999 erhöhte sich die Bezugsmenge auf 7 Milliarden Kubikmeter. Zusätzlich grenzten sie ihre jeweiligen Interessensphären durch Abschluß eines Demarkationsvertrages ab.

### Entwicklung der deutschen Erdgaseinfuhren 1966 bis 2007



\*) ab 2000 einschließlich Dänemark und Großbritannien

Quelle: BAFA

# *Gebietsschutz durch Demarkationsverträge*

Mit der Umstellung auf Erdgas wurden auch kommunale Versorger mit ehemals eigener Stadtgas-Produktion zu reinen Verteilern. Sie verfügten zwar in ihrem jeweiligen Absatzgebiet weiterhin über das Gasnetz und damit über ein Monopol, waren aber selber auf die Belieferung durch eine der Ferngasgesellschaften angewiesen. 1973 existierten noch rund 500 solcher Ortsgasverteiler. In der Regel handelte es sich um Querverbundunternehmen, die auch für die Strom- und Wasserversorgung zuständig waren.

Theoretisch hätten sich diese Ortsgasverteiler ihren Lieferanten dort aussuchen können, wo die Anschlußmöglichkeit an mehrere Ferngasnetze bestand. In der Praxis war dies aber unmöglich, weil die Ferngasgesellschaften ihre Absatzgebiete durch sogenannte Demarkationsverträge sicherten. Damit war gewährleistet, daß keine der Ferngasgesellschaften ins Revier der anderen eindrang und so für Wettbewerb sorgte. Außerdem behielten sich die Ferngasgesellschaften in ihren Verträgen mit den Ortsgasverteilern oft das Recht vor, Verbraucher ab einer bestimmten Größenordnung direkt zu beliefern.

Das 1957 erlassene Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen nahm solche Gebietsschutzverträge der Gas- und Stromversorger ausdrücklich vom Kartellverbot aus, da der Bau von konkurrierenden Leitungen nicht möglich oder zumindest nicht erwünscht war. Die Gas- und Stromversorger unterlagen dafür einer Mißbrauchsaufsicht durch die Kartellbehörden. Die Demarkationsverträge mußten angezeigt und genehmigt werden. In der Regel war die Genehmigung aber nur Formsache. Die Kartellbehörden verfolgten zwar mit wachsendem Mißtrauen, wie die vertraglich fixierten Gebietsabsprachen den letzten Funken Wettbewerb erstickten, hatten aber doch keine wirksame Handhabe, um sie zu untersagen. Erst mit der Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes 1998 wurden die Demarkationsverträge verboten.

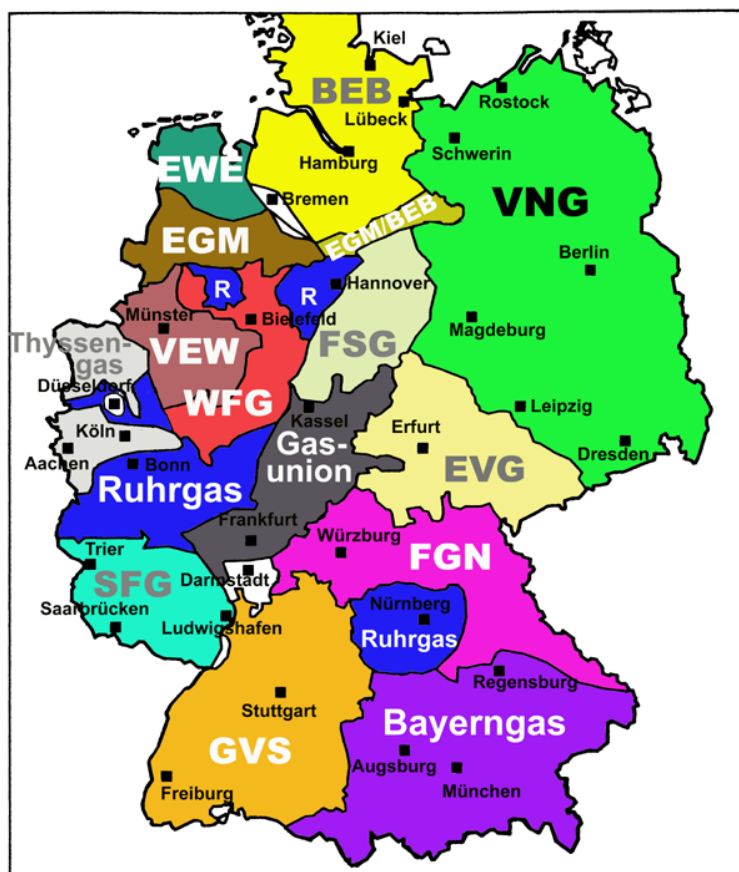
Schon vor dieser Neuregelung untersagte das Bundeskartellamt 1994 einen Demarkationsvertrag, mit dem Ruhrgas und Thyssengas ihre Versorgungsgebiete voneinander abgrenzten und die gemeinschaftliche Belieferung von vier großen Stadtwerken vereinbarten. Da beide Unternehmen Erdgas aus den Niederlanden bezogen, glaubte das Bundeskartellamt, sich hier auf das Kartellverbot in Artikel 85 EWG-Vertrag stützen zu können. Der folgende Rechtsstreit ging bis zum Europäischen Gerichtshof. Zur Entscheidung kam es aber nicht mehr, weil die beiden Gasunternehmen die angemeldete Demarkation mit Blick auf die bevorstehende Neufassung des Energiewirtschaftsgesetzes zurückzogen.

## **Bundeskartellamt untersagt Gebietsabgrenzung zwischen Ruhrgas und BASF**

Außerdem untersagte das Bundeskartellamt den Demarkationsvertrag, mit dem Ruhrgas und BASF ihre Geschäftsgebiete voneinander abgrenzen wollten. Dieser Vertrag war ein wesentlicher Bestandteil der Vereinbarungen, mit denen die bei-

den Erdgas-Importeure im Februar 1994 ihren dreijährigen „Gaskrieg“ beilegten. Er verpflichtete die Ruhrgas-Ableger VNG und Erdgas Südsachsen GmbH (ESG) zum Bezug bestimmter Mengen Gas von den Wintershall-Unternehmen Wingas und WIEH, während diese zusicherten, in dem Versorgungsgebiet von VNG und EVG - mit Ausnahme einiger bereits bestehender Lieferverträge - nicht geschäftlich tätig zu werden. Die Liefer- und Demarkationsverträge sollten für zwanzig Jahre bis zum 30. September 2013 gelten.

## Die Demarkationsgebiete der deutschen Ferngasunternehmen



- Bayerngas** Bayerngas GmbH, München
- BEB** Erdgas und Erdöl GmbH, Hannover
- EGM** Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft, Münster
- EVG** Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbh, Erfurt
- EWE** Energieversorgung Weser Ems AG, Oldenburg
- FGN** Ferngas Nordbayern GmbH, Bamberg
- FSG** Ferngas Salzgitter GmbH, Salzgitter
- Gas-Union** Gas-Union GmbH, Frankfurt
- GVS** Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart
- Ruhrgas** Ruhrgas AG, Essen
- SFG** Saar Ferngas GmbH, Saarbrücken
- Thyssengas** Thyssengas GmbH, Duisburg
- VNG** Verbundnetz Gas AG, Leipzig
- VEW** VEW Energie AG, Dortmund
- WFG** Westfälische Ferngas-AG, Dortmund

*Die Demarkationsgebiete der deutschen Gasversorger bis 1998: Die Ruhrgas AG verfügte über fünf (räumlich getrennte) Demarkationsgebiete, die Thyssengas über zwei. Ein Gebiet nördlich von Hannover wurde gemeinsam von EGM und BEB beliefert. Fünf kleinere Versorgungsgebiete (um Darmstadt, in Nordbaden, um Düsseldorf und zwei bei Bremen) wurden von regionalen Unternehmen versorgt, die keine Demarkationsverträge abgeschlossen hatten.*

*Die beiden Wintershall-Töchter Wingas und WIEH sowie die Mobil Erdgas-Erdöl besaßen keine demarkierten Absatzgebiete. Wingas und WIEH wurden erst zu einer Zeit gegründet, als die Absatzmärkte bereits aufgeteilt waren. Die Mobil Erdgas-Erdöl brauchte sie nicht, da sie ihr Erdgas fast ausschließlich als Vorlieferant anderer Ferngasunternehmen absetzte (VNG, EGM und EWE).*

*Der Einfluß der Ruhrgas AG war weit größer, als diese Karte erkennen läßt. Zum einen war sie der wichtigste Importeur von Erdgas. Zum anderen war sie an sieben weiteren Gebietsversorgern maßgeblich beteiligt: An FGN mit 54%, EVG mit 50%, FSG mit 39%, VNG mit 35%, Gasunion mit 25,9%, SFG mit 20% und Bayerngas mit 10%.*

Das Bundeskartellamt erklärte diese Gebietsabsprache am 7. März 1995 für unwirksam, weil Wintershall und Ruhrgas über konkurrierende Leitungen zur Belieferung von Kunden verfügten. Denn Wintershall hatte inzwischen fast parallel zur neuen Verbundleitung der Ruhrgas-Gruppe durch Thüringen und Sachsen ihre Erdgas-Pipeline „Stegal“ mit Stichleitungen zu Großkunden gebaut. Nach Feststellung des Kartellamtes waren Demarkationsverträge nur dann vom Kartellverbot ausgenommen, wenn der Netzbetreiber über ein „natürliches Monopol“ verfügte, weil der Bau konkurrierender Leitungen nicht möglich oder sinnvoll war. Diese Voraussetzung sei aber im Verhältnis zwischen Ruhrgas und BASF/Wintershall entfallen. Der zwischen beiden Konzernen abgeschlossene Demarkationsvertrag bewirke lediglich die Unterbindung von Wettbewerb und Nachteile für die Kunden.

### **Historisch gewordener Rechtsstreit geht bis zum Bundesgerichtshof**

Das Berliner Kammergericht beurteilte den Sachverhalt allerdings anders und hob die Verfügung des Kartellamts am 14. Februar 1996 wieder auf. Der daraufhin vom Bundeskartellamt angerufene Bundesgerichtshof gab der Beschwerde am 28. September 1999 statt und verwies den Fall an das Kammergericht zurück. Dieses entschied daraufhin zugunsten des Bundeskartellamts, wobei es die seit 1998 veränderte Rechtslage berücksichtigte. Denn mittlerweile war das neue Energiewirtschaftsgesetz in Kraft getreten, das den Strom- und Gasmarkt grundsätzlich liberalisierte und Demarkationsverträge nicht mehr zuließ.

Obwohl der Streit also inzwischen historisch geworden war, riefen VNG und EVG nun den Bundesgerichtshof an. Sie argumentierten, daß die Gebietsabsprache im Rahmen einer Mindestabnahmeverpflichtung erfolgt sei, die vor Inkrafttreten des neuen Energierechts erfolgte und nicht eingehalten werden könne, wenn sich nun durch den Wegfall des Gebietsschutzes die Absatzmöglichkeiten verringern würden. Aber auch der Bundesgerichtshof wollte endlich einen Schlußstrich unter diese Art Verträge ziehen. Am 18. Februar 2003 befand er, daß die Vereinbarung in jedem Falle ein verbotenes Kartell sei. Die Gebietsabsprachen seien für die abgeschlossenen Energielieferverträge nicht funktionsnotwendig. Zwar bestehe zwischen Gebietsabsprache und Mindestabnahmeverpflichtung ein Zusammenhang. Dies dürfe aber nicht dazu führen, daß die Gebietsabsprache hinzunehmen sei. Vielmehr werde unter Umständen die Mindestabnahmeverpflichtung von der Unwirksamkeit der Gebietsabsprache erfaßt.

### **Erfolgloser Kampf um „Durchleitung“ zur Papierfabrik Weißenborn**

Mit der Untersagung des Demarkationsvertrags zwischen Ruhrgas und BASF griff das Bundeskartellamt erfolgreich einer Neuregelung vor, die erst mit Inkrafttreten des neuen Energiewirtschaftsgesetzes 1998 allgemeine Gültigkeit erlangte. Erfolglos blieb dagegen sein Versuch, auch die „Durchleitung“ vorab zu ermöglichen, indem es die VNG und die Erdgas Südsachsen GmbH (ESG) am 29. Juni 1992 verpflichtete, der WIEH eine vier Kilometer lange Pipeline zur Versorgung der Papierfabrik Weißenborn zur Verfügung zu stellen.

Die Papierfabrik hatte den Gasbezug bei der ESG gekündigt und wollte einen günstigeren Liefervertrag mit der WIEH abschließen. Um die Papierfabrik wirklich belie-



fern zu können, hätte die WIEH aber große Leitungsstrecken der konkurrierenden Verbundnetz Gas (VNG) sowie eine vier Kilometer lange Stichleitung der ESG benutzen müssen. Eine solche Durchleitung wäre zwar technisch möglich gewesen, wurde aber bisher nur auf freiwilliger vertraglicher Basis praktiziert. Die beiden Ruhrgas-Unternehmen verweigerten deshalb erwartungsgemäß die Zustimmung.

In der nun folgenden Auseinandersetzung mit dem Bundeskartellamt erhielten die beiden Ruhrgas-Ableger sogar den Beistand der sächsischen Landeskartellbehörde, die im November 1992 die Ansicht vertrat, daß der WIEH angesichts ihrer Finanzkraft der Bau einer eigenen Leitung zuzumuten sei. Auch entstehe der ESG ein Wettbewerbsnachteil, wenn ein anderes Unternehmen lukrative Verträge aquiriere und damit eine „gesunde Durchmischung“ der Kundenstruktur unmöglich mache.

Der Kartellsenat des Berliner Kammergerichts hob dann am 9. Juni 1993 die Verfügung des Bundeskartellamts auf. Er war der Meinung, daß das Bundeskartellamt kein Energieunternehmen generell verpflichten dürfe, Verhandlungen über eine Durchleitung aufzunehmen). Im November 1994 wies auch der Bundesgerichtshof in letzter Instanz die Beschwerde des Bundeskartellamts gegen dieses Urteil zurück.

# *Grafiken und Tabellen*

- Anzahl der Gaswerke in Deutschland 1850 - 1913
- Erzeugung der deutschen Gaswerke 1859 - 1913
- Gasnetz des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks (RWE) 1918
- Anteil der Ruhrgas AG an der gesamten deutschen Gaserzeugung 1930 - 1950
- Die deutsche Orts- und Ferngasversorgung um das Jahr 1935
- Vorhandene und geplante Transportleitungen für Erdgas 1968
- Gasaufkommen der öffentlichen Gaswirtschaft 1970 - 1995
- Die deutschen Ferngasunternehmen mit ihren Marktanteilen 1970/1974
- Länge des deutschen Gas-Rohrnetzes 1970 - 1990 (Hoch-, Mittel-, Niederdruck)
- Eigentümerstruktur der Ruhrgas AG nach dem Einstieg der Ölkonzerne
- Transportleitungen der Erdgas-Importeure Ruhrgas und BASF/Wintershall 1997
- Entwicklung der deutschen Erdgas-Einfuhren 1966 - 2007
- Die Demarkationsgebiete der deutschen Ferngasunternehmen bis 1998